



Parlamentssitzung 23. August 2010

Protokoll

Schloss Köniz, Rosstall
19.00 – 22.10 Uhr

Vorsitz Christian Burren (parteilos)

Anwesend Annemarie Berlinger-Staub (SP)
Bernhard Bichsel (FDP)
Peter Burch (FDP)
Ignaz Caminada (CVP)
Heinz Engi (FDP)
Mario Fedeli (SP)
Liz Fischli-Giesser (Grüne)
Thomas Frey (BDP)
Martin Graber (SP)
Philippe Guéra (BDP)
Hermann Gysel (EVP)
Niklaus Hofer (SVP)
Franziska Keller (BDP)
Erica Kobel-Itten (FDP)
Hanspeter Kohler (FDP)
Daniel Krebs (SVP)
Stefan Lehmann (SVP)
Andreas Lanz (BDP)
Patrik Locher (EVP)

Ruedi Lüthi (SP)
Anna Mäder (SP)
Urs Maibach (Grüne)
Hans Moser (SVP)
Heinz Nacht (SVP)
Barbara Perriard (FDP)
Hansueli Pestalozzi (Grüne)
Jan Remund (Grüne)
Christian Roth (SP)
Elisabeth Rügsegger (SVP)
Christoph Salzmann (SP)
Laavanja Sinnadurai (SP)
Hugo Staub (SP)
Stephie Staub-Muheim (SP)
Mark Stucki (FDP)
Barbara Thür (GLP)
Ulrich Witschi (BDP)
Ursula Wyss (Grüne)
Rolf Zwahlen (EVP)

Entschuldigt Thomas Verdun (SVP)

Gemeinderat Luc Mentha (SP), Gemeindepräsident
Ueli Studer (SVP), Vizepräsident

Rita Haudenschild (Grüne)
Urs Wilk (FDP)

Entschuldigt Katrin Sedlmayer (SP)

Sekretärin Verena Remund-von Känel

Protokoll Ruth Spahr

Inhaltsverzeichnis

1.	Protokoll der Parlamentssitzung vom 28. Juni 2010.....	135
2.	Kommissionsersatzwahlen.....	135
3.	Jugendtreff Köniz-Liebelfeld: Ersatzstandort.....	136
4.	0612 Postulat (CVP/EVP) "Systemwechsel bei der Pensionskasse"	141
5.	0803 Motion (CVP, jfk, EVP, FDP), "Ausarbeiten einer Energiesstrategie für die Gemeinde Köniz" und 0807 Motion (Grüne, SP) "Energiezukunft Köniz"	146
6.	0810 Postulat (SP) "Gemeinsam Energie sparen"	146
7.	1001 Postulat (SP) "Open Sunday - Midnight-Sports: die offene Turnhalle für Kinder und Jugendliche"	147
8.	1004 Postulat (SP/JUSO) "Zukunft des Schiesswesens in der Gemeinde Köniz"	150
9.	1010 Interpellation (SP) "Statt in Strassen in Schulhäuser und den Park investieren!"	153
10.	Verschiedenes.....	154

Begrüssung

Parlamentspräsident Christian Burren: Ich begrüsse alle Anwesenden herzlich zur Parlamentssitzung. Im Speziellen begrüsse ich das neue Parlamentsmitglied Peter Burch (FDP), der die Nachfolge von Thomas Herren antritt. Ich wünsche einen guten Start und viel Befriedigung im neuen Amt.

Es sind 39 Parlamentsmitglieder anwesend. Das Parlament ist somit beschlussfähig.

Mitteilungen

Parlamentspräsident Christian Burren: Die Akten sind am 31. Juli 2010 versandt worden. Auf Ihren Pulten liegt die Broschüre "Regionales Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzept Bern Mittelland". Dazu ist das Parlament zur Mitwirkung eingeladen. Das Parlamentsbüro wird entscheiden, in welcher Form das Geschäft weiter behandelt wird.

Traktandenliste

Parlamentspräsident Christian Burren: In Traktandum 2, Kommissionersatzwahlen ist als Ersatz für Thomas Herren ein oder eine Stimmenzählerin zu wählen sowie je ein Mitglied in die Redaktionskommission und in die nichtständige Kommission Personalrecht.

Die Traktandenliste wird mit den genannten Änderungen genehmigt.

1. Protokoll der Parlamentssitzung vom 28. Juni 2010

Stephie Staub-Muheim (SP): Auf Seite 113 ist Folgendes festgehalten: "....d. h. die Einbürgerungskommission stellt einen ersten Kontakt her und befragt die Einbürgerungswilligen in einer ersten Runde. Entstehen dabei Probleme, wird das Einbürgerungsgesuch durch Gemeinderat Urs Wilk weiter bearbeitet." Dies stimmt so nicht. Bei Unstimmigkeiten findet eine zweite Runde statt, d. h. die Einbürgerungswilligen werden nochmals vor eine Gesamtkommission eingeladen und aufgrund deren Antrag entscheidet Gemeinderat Urs Wilk über das Einbürgerungsgesuch. Ich bitte um Korrektur.

Auf Seite 123 steht: "Frau Bühler – ehemaliges Parlamentsmitglied – hat auf dem Bläuackerplatz eine Umfrage gemacht." Es handelt sich jedoch nicht um das ehemalige Parlamentsmitglied Evelyn Bühler, sondern um Renate Bühler, Pressevertreterin der Zeitung "Bund". Ich bitte um Korrektur

Das Protokoll der Sitzung vom 28. Juni 2010 wird mit den vorgenannten Änderungen genehmigt.

2. Kommissionersatzwahlen (allfällige Akten: Nachversand)

Wahl einer Stimmenzählerin

Parlamentspräsident Christian Burren: Aufgrund des Rücktritts von Thomas Herren aus dem Parlament ist ein neues Mitglied als Stimmenzähler oder –zählerin zu wählen. Bei der Zusammensetzung des Parlamentsbüros ist angemessen Rücksicht auf die Vertretung der Parteien zu nehmen, der Parteiproporz muss jedoch nicht zwingend eingehalten werden.

Heinz Engi (FDP): Die FDP-Fraktion schlägt Ihnen Erica Kobel-Itten zur Wahl als Stimmenzählerin vor.

Wahl

Parlamentspräsident Christian Burren erklärt das vorgeschlagene Parlamentsmitglied Erica Kobel-Itten (FDP) als Stimmenzählerin für die Amtszeit vom 23.8.2010 - 21.1.2011 als gewählt.

Wahl Mitglied Redaktionskommission

Parlamentspräsident Christian Burren: Anspruch auf den Sitz von Thomas Herren in der Redaktionskommission hat die FDP. Die FDP-Fraktion schlägt Hanspeter Kohler (FDP) vor.

Wahl

Parlamentspräsident Christian Burren erklärt das vorgeschlagene Parlamentsmitglied Hanspeter Kohler (FDP) als Mitglied der Redaktionskommission für die Amtszeit vom 23.8.2010 bis 31.12.2013 als gewählt.

Wahl Mitglied Kommission Personalrecht

Parlamentspräsident Christian Burren: Anspruch auf den Sitz von Thomas Herren in der nichtständigen Kommission Personalrecht hat die FDP. Die FDP-Fraktion schlägt Hanspeter Kohler (FDP) vor.

Wahl

Parlamentspräsident erklärt das vorgeschlagene Parlamentsmitglied Hanspeter Kohler (FDP) als Mitglied der nichtständigen Kommission Personalrecht für die Amtszeit vom 23.8.2010 bis 31.12.2011 als gewählt.

3. Jugendtreff Köniz-Liebefeld: Ersatzstandort

Kredit; Direktion Bildung und Soziales

GPK-Referent Christoph Salzmann (SP): Ich gehe in meinem Referat aufgrund der Diskussionen in der KSF und in der GPK auf drei Aspekte ein. Erstens bringe ich Ergänzungen zum Sachverhalt an. Zweitens möchte ich finanzielle Aspekte beleuchten. Drittens möchte ich eine Einschätzung über die Nachhaltigkeit des vorliegenden Projekts abgeben.

Zum Sachverhalt: Gemäss Art. 71 des kantonalen Sozialhilfegesetzes ist Jugendarbeit eine Verbundarbeit von Kanton und Gemeinde. Der Kanton hat die Gemeinde Köniz zum Führen von Jugendtreffs ermächtigt. Damit ist auch die Finanzierung über den Lastenausgleich möglich. Das vorliegende Projekt bedeutet keinen Ausbau der Jugendarbeit, sondern ist die Schliessung einer Lücke, die durch den Brand der alten Poststelle im September 2007 entstanden ist. Die kürzlich beantwortete Interpellation 1002 Locher, "Jugendlokal Köniz/Liebefeld" ist ein Hinweis, dass diese Lücke von den Jugendlichen wahrgenommen worden ist. Weshalb für diese Lückenschliessung so viel Zeit verging, ist in der Interpellationsbeantwortung begründet worden. Nach langem Suchen wurde nun ein Standort gefunden. Allerdings nur auf Zusehen hin. Das Terrain gehört zum Entwicklungsschwerpunkt (ESP) Liebefeld, dessen Entwicklung noch nicht absehbar ist. Je nachdem muss wieder ein neuer Standort gesucht werden. Das wird jedoch erst in 6 bis 10 Jahren der Fall sein. Ich persönlich hoffe, dass in diesem Fall die allenfalls notwendige Verlegung des Standorts parallel geklärt wird, damit nicht erneut eine Lücke entsteht. Die Lage des Gebäudes wird so gewählt, dass einem allfälligen Ausbau der vorgesehenen Fuss- und Fahrradverbindung Neuhaus – Liebefeldpark nichts im Wege steht. Im Modulbau finden etwa 50 Jugendliche Platz. Aufgrund der Erfahrungen mit Jugendtreffs sollte dies genügen. Es ist vorgesehen, dass die Jugendlichen bei der Ausgestaltung der Aussen- und Innenräume in angemessenem Rahmen mitwirken können. Ziel ist, den Jugendtreff im Frühling 2011 zu eröffnen, sofern keine aufwändigen Einsprachen eingereicht werden. Die Gemeinde wird der Velorecyclingwerkstatt "Gump- und Drahtesel" bei der Suche nach einem Ersatzstandort für deren Lager behilflich sein. Klar ist, dass die Gemeindeverwaltung das Projekt in Kontakt mit der "juk" (Jugendarbeit Köniz) entwickelt hat.

Zu den Finanzen: Die Erstellungskosten sind in Punkt 3 des Berichts und Antrags des Gemeinderats auf Seite 2 ausgewiesen. Sie beruhen auf einer Richtofferte. Ein Subventionsverfahren wird folgen. Die KSF wie auch die GPK sind zuversichtlich, dass der vorliegende Kredit im Rahmen der ausgewiesenen Kostengenauigkeit eingehalten werden kann. In der Beilage sind die Vollkosten ausgewiesen, was bis anhin nicht bei jedem Geschäft der Fall war und aus Sicht von GPK und KSF vorbildlich ist. Wir danken dem Gemeinderat dafür. Die juk Köniz wird künftig weniger Mietzins bezahlen, weil die neue Anlage weniger Quadratmeter aufweist. Theoretisch wird dadurch auch der Beitrag der Gemeinde an die juk tiefer liegen. Der Modulbau bleibt Eigentum der Gemeinde, den Abschreibungen steht demnach der Wert des Modulbaus gegenüber. Die Abschreibungen und die Fremdfinanzierung werden durch die Einnahmen an Mietzinsen mehr als gedeckt. Die Ausführungen über den Investitionsplan und die Finanzierung wirken etwas kompliziert, sind aber richtig. Die Anlagekosten für das Objekt betragen total 410'000 Franken, die Gebäudeversicherung bezahlt 275'000 Franken. Die Gemeinde muss demnach 135'000 Franken aus der eigenen Tasche bezahlen. 20'000 Franken sind dafür im Investitionsplan 2010 vorgesehen. Damit fehlen noch 115'000 Franken, die durch die Verschiebung der Sanierung des alten Schulhauses Thörishaus kompensiert werden.

Zur Einschätzung der Nachhaltigkeit: Der Modulbau besitzt bessere Energieverhältnisse als die Baracke in Hertenbrünnen, deren Verlegung vorgesehen, aber zu teuer war. Der vorgesehene Modulbau eignet sich auch zur Wiederverwendung, sollte sich der Jugendtreff aus irgendwelchen, heute nicht absehbaren Gründen erübrigen. Damit ist Nachhaltigkeit im Bereich der Wirtschaftlichkeit gegeben. Der Jugendtreffpunkt und die Jugendarbeit allgemein sind ein Beitrag zur Integration der Jugendlichen in die Gesellschaft. Er ist auch Bestandteil von Generationengerechtigkeit. Somit ist auch im Handlungsfeld Gesellschaft Nachhaltigkeit vorhanden.

KSF und GPK empfehlen dem Parlament je einstimmig, dem Antrag des Gemeinderats zuzustimmen.

Fraktionssprecher Hans Moser (SVP): Die SVP-Fraktion wird dem vorliegenden Kredit für den Ersatz des Jugendtreffpunkts einstimmig zustimmen. Wir sind froh, dass jene Jugendlichen, die nicht in einem Verein mittun, sei es sportlich oder kulturell, einen Raum erhalten in dem sie selber mitwirken können. Vor allem die Bevölkerung in Schliern ist froh, dass im Raum Köniz-Liebefeld wieder ein Jugendtreffpunkt vorhanden sein wird. Das wird die Situation im Treffpunkt und bei den Bushaltestellen in Schliern entschärfen. Der Modulbau ist aus unserer Sicht eine gute Lösung, schade ist aber, dass der Standort nicht längerfristig gesichert ist. Der Raum ist 30 m² kleiner, hat jedoch genügend Platz für 50 Personen. Das Geschäft ist in der KSF gründlich diskutiert worden.

Fraktionssprecherin Barbara Perriard (FDP): "Weshalb erhält der Mensch die Jugend in einem Alter, in dem er nichts davon hat?", fragte der Literatur-Nobelpreisträger George Bernard Shaw einst rhetorisch. Erklärtes Ziel der FDP-Fraktion ist es, dass die Jugend etwas von ihrer Zukunft haben soll. Wir alle stehen in der Pflicht, künftigen Generationen keine Schuldenberge zu hinterlassen oder ungerechte Belastungen aufzubürden. Der FDP-Fraktion ist es aber auch ein Anliegen, sich für die Jugend von heute zu engagieren, damit sich die Frage von George Bernard Shaw gar nicht stellt. Es gibt nicht "eine Jugend". Von Sport über Musik, vom chatten bis hin zum chillen, sind die Bedürfnisse und Wünsche der Jugendlichen so unterschiedlich und vielfältig wie jene der so genannten "golden agers". Diese Bedürfnisse sollen auch nicht gegeneinander ausgespielt werden. Aus Sicht der FDP-Fraktion ist es Tatsache, dass in einem urbanen Gebiet wie Köniz das Bedürfnis nach einem Jugendtreff ausgewiesen und gross ist.

Aus diesem Grund unterstützt die FDP-Fraktion das Anliegen des Gemeinderats für einen Ersatzstandort des abgebrannten Jugendtreffs einstimmig.

Wir haben Kenntnis davon genommen, dass die Suche nach einem Ersatzstandort nicht einfach war und deshalb lange dauerte. Offensichtlich sind mehr als ein Dutzend Standorte evaluiert worden. Dabei hat an mehr als einem Standort das Sankt-Florians- oder "nimby"-Prinzip (**not in my back yard**) offenbar eine nicht unwesentliche Rolle gespielt. "Was lange währt, wird endlich gut". Mit dem jetzt gewählten Standort und dem geplanten mobilen Bausystem scheint eine gute Lösung gefunden. In der Vorlage des Gemeinderats ist jedoch ein kleines B-Moll vorhanden: Die Unterlagen für das Parlament sind etwas gar schlank ausgestaltet. Aus diesem Grund sind in der Beratung der FDP-Fraktion Fragen aufgetaucht und vereinzelt ist das Geschäft angezweifelt. Ist der Antrag zonenkonform? Geht die FDP-Fraktion richtig in der Annahme, dass sämtliche Auflagen aus dem behördenverbindlichen Verkehrsrichtplan erfüllt sind?

Trifft es zu, dass die Versicherungsleistungen der GVB an eine Deadline geknüpft sind? Wie stellt der Gemeinderat im Fall von allfälligen Einsprachen sicher, dass die Versicherungsleistungen der GVB nicht verfallen? Diese Fragen hätten wir gerne beantwortet. Die Einrichtung "Gump- und Drahtesel" ist in den Augen der FDP-Fraktion eine gute Sache und wir laden den Gemeinderat ein, uns kurz darzulegen, wie die Einrichtung bei der Suche nach einem neuen Lagerstandort unterstützt wird. Abschliessend betone ich, dass uns viel an einer möglichst raschen und guten Umsetzung des Vorhabens Jugendtreff Köniz liegt.

Deshalb empfehlen wir dem Parlament einstimmig, dem Antrag des Gemeinderats zuzustimmen. Es ist jedoch unbedingt heute sicherzustellen, dass das Geschäft nicht aus formaljuristischen Gründen bachab und damit auch die Finanzierung durch die GVB verloren geht.

Fraktionssprecher Patrik Locher (EVP): Ich bin sehr erfreut, dass uns nach einer langen jugendtrefflosen Zeit im Liebefeld und in Köniz das Geschäft nun vorliegt. Ich danke dem Gemeinderat für die schwierige Arbeit. Mit der Interpellation 1002 Locher, "Jugendlokal Köniz/Liebefeld", habe ich die Wichtigkeit eines Jugendtreffs in Köniz unterstrichen. Einen Standort für einen Jugendtreff zu finden, der den Ansprüchen der Könizer und Liebefelder Jugendlichen Genüge trägt, war sicher nicht einfach. Die Liste der Kriterien ist lang wie auch die Anzahl jener, die sich an einem Jugendtreff stören könnten. Der Platz ist knapp, so knapp, dass beschlossen wurde, einen so genannten Modulbau auf das Areal des ehemaligen Röhrenlagers zu stellen, einem Streifen Land zwischen dem BLS-Geleise und der viel befahrenen Schwarzenburgstrasse. Das sind aus der Sicht der CVP/EVP/GLP-Fraktion zwei nicht zu unterschätzende Risikofaktoren. Hier müssen frühzeitig Sicherheitsmassnahmen getroffen werden. Will man den Jugendtreff vom Neuhausplatz her erreichen, müssen die Bahngeleise entweder bei der Barriere in Köniz oder im Liebefeld überquert werden. Ich kann mir vorstellen, dass der direkte Weg über das ungeschützte Bahngeleis verlockend sein wird. Deshalb muss der im Bericht angetönte Verbindungsweg Neuhausplatz - Liebefeld Park so rasch als möglich – im Idealfall noch vor der Eröffnung des Jugendtreffs – realisiert werden. Hat der Gemeinderat dazu eine zeitliche Vorstellung? Auch der nächstliegende Zebrastreifen für die Querung der Schwarzenburgstrasse ist mehr als 50 Meter vom geplanten Standort entfernt. Haben sich die Jugendlichen im Liebefeld Park ausgetobt und wollen sich im Jugendtreff ausruhen, werden sie den direktest möglichen Weg über die Schwarzenburgstrasse nehmen. Das Aufmalen eines Fussgängerstreifens wäre hier die optimale Lösung. Gut am gewählten Standort ist die Nähe zu Köniz und zu Liebefeld. Der Modulbau ist vielseitig verwendbar und kann offenbar auch ökologisch überzeugen. Bezüglich der genannten gestalterischen Freiheit in Bezug auf das Erscheinungsbild bin ich sehr gespannt auf die Ideen der Jugendlichen. Wird die Fassade allenfalls für das Anbringen von Spraybildern freigegeben? Mich interessiert, ob ein solcher Modulbau bereits andernorts für einen ähnlichen Zweck eingesetzt wird und welche Erfahrungen damit gemacht worden sind. Der Raum ist deutlich kleiner als im alten Jugendtreff und ob 70 m² für die Jugendlichen eines solch grossen Perimeters genügen, ist aus meiner Sicht fraglich. Ich bin gespannt, wie sich der Jugendtreff entwickelt, wie gross die Nachfrage sein wird und wie die Jugendarbeit unter den gegebenen Umständen arbeiten kann. Meine persönliche Einschätzung: Wenn die Juk im Gebiet Liebefeld/Köniz längerfristig seriöse Arbeit leisten und auf die Bedürfnisse der Jugendlichen eingehen soll, ist die vorgelegte Lösung nicht optimal.

Da die Jugendlichen in Köniz und Liebefeld nun aber lange genug gewartet haben und die vom Gemeinderat präsentierte Lösung – unter der Voraussetzung, dass Sicherheitsmassnahmen getroffen werden – annehmbar ist, wird die CVP/EVP/GLP-Fraktion dem Geschäft zustimmen.

Fraktionssprecher Christian Roth (SP): "Was lange währt, wird hoffentlich gut". Die SP/JUSO-Fraktion unterstützt den Antrag des Gemeinderats klar. Er bedauert ein wichtiges Element und übt Kritik. Weshalb unterstützt die SP/JUSO-Fraktion den Antrag? Mit dem Brand der Baracke im Dreispitz-Areal ist auch der Jugendtreff in Köniz in Flammen aufgegangen. Seither fehlt diese Treffmöglichkeit für Jugendliche im Liebefeld und in Köniz und es ist dringend notwendig und an der Zeit für Ersatz zu sorgen. Mit dem vorliegenden Geschäft wird endlich eine klaffende Lücke geschlossen. Der gefundene Standort ist in den Augen der SP/JUSO-Fraktion geeignet. Er liegt zentral im Liebefeld und ist mit unterschiedlicher Mobilität gut erreichbar. Er liegt zwar in einem industriellen Gebiet, doch im dicht besiedelten Liebefeld könnten sich Anwohnende durchaus das eine oder andere Mal am Lärm stören. Unserer Meinung nach hält sich die Anzahl nah Anwohnender in Grenzen. Die Häuser der neuen Überbauung am Liebefeld Park liegen weit genug weg und hier sollte kein Konfliktpotenzial vorhanden sein. Zudem ist der SP/JUSO-Fraktion wichtig, dass die geplante Fuss- und Fahrradverbindung Neuhausplatz – Liebefeld Park so rasch als möglich realisiert wird.

Die SP/JUSO-Fraktion hat sich davon überzeugen lassen, dass die Grösse des Raums den Bedürfnissen der Jugendlichen durchaus entspricht. Der Modulbau entspricht offenbar den Energievorschriften. Auch dieser Umstand ist uns wichtig. Die SP/JUSO-Fraktion wünscht sich aber, dass der für den Jugendtreff benötigte Strom aus erneuerbaren Energiequellen stammt. Wir fordern den Gemeinderat auf, dem Rechnung zu tragen. Zudem regen wir an, das Flachdach zu begrünen. Gemäss Auskunft des zuständigen Gemeinderats Ueli Studer werden der Standort und die Art des Gebäudes von der juk unterstützt. Das ist unserer Fraktion wichtig, weil die juk ein wichtiger verlängerter Arm der Gemeindeverwaltung Köniz ist. Es ist von Bedeutung, dass jene Stelle die auf die Arbeit mit Jugendlichen spezialisiert ist, hinter diesem Vorhaben steht.

Mit Bedauern nimmt die SP/JUSO-Fraktion jedoch Kenntnis, dass der Standort des neuen Jugendtreffs nur für die nächsten paar Jahre zur Verfügung steht, da sich der vorgesehene Platz in einem ESP befindet. Kritisch äussert sich die SP/JUSO-Fraktion zur Qualität der Vorlage. Was vordergründig fundiert und ausgegoren daher kommt, zeigt sich bei näherem Studium als leicht unvollständig und lückenhaft. Etliche Informationen mussten wir uns zusätzlich beschaffen – sie waren allesamt verfügbar. Die SP/JUSO-Fraktion bittet den Gemeinderat, vorhandene Information entsprechend vollständig in ein Geschäft einfließen zu lassen. Wollen wir Parlamentsmitglieder unsere Arbeit gut erledigen, benötigen wir dafür qualitativ gute Unterlagen.

Fraktionssprecherin Ursula Wyss (Grüne): Nach der Prüfung verschiedener Standorte ist nun endlich ein Ort gefunden worden, an dem der im Dreispitzareal abgebrannte Jugendtreffpunkt realisiert werden kann. Der Standort ist ideal, weil er erstens zentral gelegen ist und weil zweitens in der näheren Umgebung wenige Wohnungen vorhanden sind. Der einzige Wermutstropfen ist die mögliche zeitliche Beschränkung aufgrund des ESP Liebefeld. Die Immobilie kann, weil es sich um einen Modulbau handelt, rasch an einen andern Ort versetzt werden, was ein grosser Vorteil ist. Wichtig ist, dass der Jugendtreff den Bedürfnissen der Jugendlichen entspricht. Das ist in meinen Augen sichergestellt, weil die juk bei der Planung relativ früh einbezogen worden ist. Für uns Grüne ist klar, dass ein Ersatz für den abgebrannten Jugendtreffpunkt unbedingt notwendig ist.

Zwei Anmerkungen: Erstens sieht der Gruppenraum im Plan so aus, als ob keine Türe direkt nach aussen führt, sondern nur in den Gang. Führt man sich aber vor Augen, dass sich im Gruppenraum gleichzeitig bis zu 50 Jugendliche aufhalten können, wäre eine direkte Fluchtmöglichkeit gegen aussen gut. Kann das noch geprüft werden? Zweitens ist mir nicht klar, welchen Energiestandard der Jugendtreffpunkt erfüllt. Die im Bericht erwähnte SIA-Norm sagt uns Laien nichts. Die Antwort auf meine entsprechende Frage hin befriedigte mich auch nicht. Ich wäre froh um eine Antwort und auch darum, dass solche Standards in den Unterlagen für uns Parlamentsmitglieder auf verständliche Weise aufgeführt sind.

Wir Grünen stimmen dem Antrag des Gemeinderats zu und wir hoffen, dass der Jugendtreffpunkt im Frühling 2011 eröffnet werden kann.

Laavanja Sinnadurai (SP): Mit meinen 20 Jahren darf ich behaupten, noch zu den Jugendlichen zu gehören und aus diesem Grund einige Worte zum Geschäft zu äussern. Was soll daran falsch sein, dass sich Jugendliche treffen? Dass dabei gefeiert, getrunken und gelacht und Musik gehört wird, ist doch normal. Nur ein kleiner Teil der Jugendlichen begeht schwere Delikte. Anstatt nun die Repression zu fördern, sollte eher mehr dafür getan werden, dass sich die Jugendlichen an anderen Orten als an Bushaltestellen oder Bahnhöfen treffen können. Bahnhöfe liegen nun einmal zentral, sind beleuchtet, bieten Sitzgelegenheiten, ein Dach über dem Kopf und sind Treffpunkt für alle. Was, wenn der Bahnhof weit und breit der einzige öffentliche Ort ist, der ein Zusammensein ermöglicht? Die Polizei soll sich mit Wichtigerem beschäftigen, als an diesem Ort Repression zu üben. Feiern kann oft störend wirken, hat aber mit Kriminalität nichts zu tun. Das Jugendproblem in Köniz ist eine lokale Angelegenheit, die auch so zu lösen ist. Den Jugendlichen einen alternativen Treffpunkt anzubieten, ist eine intelligentere Investition als einen Repressionsapparat aufzubauen, der zu mehr Konflikten führen kann. Wird der neue Treffpunkt im Liebefeld realisiert, geht für die Jugendlichen ein lang ersehnter Wunsch in Erfüllung. Man hat die Jugendlichen in meinen Augen zu lange warten lassen. Solche Lücken sind schlecht und sollten in Zukunft möglichst vermieden werden. Ich wünsche mir deshalb vom Gemeinderat einerseits eine bessere Zusammenarbeit mit der juk Köniz, bedanke mich aber andererseits für sein Mühe. Ein weiterer Dank richtet sich an den Initiator Patrik Locher. Er hat das Bedürfnis der Jugendlichen in Köniz gespürt und das heute vorliegende Geschäft durch seinen Vorstoss ins Rollen gebracht.

Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Ich danke für die gute Aufnahme des Geschäfts, auch wenn kritisiert worden ist, dass die Unterlagen dafür etwas gar schlank ausgefallen sind. Ich nehme diese Kritik entgegen. Die FDP-Fraktion hat vier Fragen gestellt, die ich nun beantworten will. Die Frage nach der Zonenkonformität habe ich abklären lassen und mir ist bestätigt worden, dass das Gebäude zonenkonform ist. Für die geplante Fuss- und Fahrradverbindung Neuhausplatz – Liebefeld Park ist ein anderes Zonenblatt notwendig. Einsprachen können selbstverständlich eingereicht werden. Die Frage in Bezug auf die "Deadline" der GVB kann ich wie folgt beantworten: Ende 2012 läuft die Frist ab, bis zu welcher wir für einen Wiederaufbau des Jugendtreffs Versicherungsleistungen erhalten. Sollte das Geschäft heute nicht genehmigt werden, müssten wir deshalb mit Vollgas auf die Suche nach einem Alternativstandort gehen, um die Versicherungsleistungen der GVB zu erhalten. Eine weitere Frage betraf die Unterstützung der Einrichtung "Gump- und Drahtesel" auf der Suche nach einem Ersatz für ihr Lager. Diese Unterstützung haben wir im Rahmen unserer Möglichkeiten zugesichert. Die Liegenschaftsverwaltung unter der Leitung von Gemeinderat Urs Wilk ist dafür zuständig. Wir sind der Einrichtung in dem Sinn entgegengekommen, dass der Vertrag immer wieder verlängert worden ist. Wir können kurzfristig keinen Ersatzstandort anbieten, unterstützen die Einrichtung jedoch bei der Suche danach. Ich möchte hier aber keine falschen Hoffnungen schüren. Patrik Locher regte an, auf der Schwarzenburgstrasse auf der Höhe des Jugendtreffpunkts zum Liebefeld Park hin einen Zebrastreifen zu realisieren. Diese Anregung ist in meinen Augen gut und da wir uns in der Planungsphase für die Realisierung der Tramlinie befinden, werden wir sie in unsere Planung aufnehmen. Ebenso ist uns die Sicherheit der Jugendlichen wichtig. Rund um das Gelände des Jugendtreffs wird ein Zaun erstellt, damit eine gewisse Sicherheit zur Bahnlinie hin vorhanden ist. Wir appellieren hier aber an die Eigenverantwortlichkeit der Jugendlichen, alles können wir nicht absichern. Die Frage, ob die Fassade besprayt werden dürfte, beantworte ich wie folgt: Wir haben für die Jugendlichen bereits an verschiedenen Orten Wände für die Besprayung zur Verfügung gestellt. Wir sehen vor, Platten auf dem Gelände des Jugendtreffs aufzustellen, die von den Jugendlichen besprayt werden können. Die Besprayung des Modulbaus selber ist nicht oder nur an einem kleinen Ort vorgesehen. Patrik Locher hat darauf hingewiesen, dass die Örtlichkeit nicht optimal ist, um auf die Bedürfnisse der Jugendlichen eingehen zu können. Wir versuchen stets, die Bedürfnisse der Jugendlichen in unsere Planungen aufzunehmen. Man muss aber das Wünschbare vom Machbaren zu trennen versuchen. Kritik wurde dahingehend geäußert, dass die Unterlagen zum Geschäft etwas schlank ausgefallen sind. Die Realisierung der geplanten Fuss- und Fahrradverbindung ist abhängig von einem Kostenbeitrag des Bundes. Damit Subventionen fließen, muss in der nächsten Zeit ein Planungs- und ein Wettbewerbsverfahren eingeleitet werden. In Zusammenarbeit mit der Planungsabteilung wurde, damit diese Verbindung realisiert werden kann, der Modulbau auf dem Platz um 180 Grad gedreht. Für die Fragen in Bezug auf Energie übergebe ich das Wort an Gemeinderat Urs Wilk. Zu Ursula Wyss: Bereits anlässlich der KSF-Sitzung ist erwähnt worden, dass die Fluchtwege entsprechend den Bedingungen der GVB realisiert werden. Wir nehmen diese Anregung auf und prüfen sie. Zu Laavanja Sinnadurai: Die Äusserung in Bezug auf die Zusammenarbeit mit der juk hat mich etwas verunsichert. Die Äusserungen machen den Anschein, dass die Zusammenarbeit zwischen juk und der Gemeinde nicht funktioniert. Die DBS hat aber ein klares Controllingsystem und führt Gespräche mit der juk. Man ist stetig in Kontakt. Mit der juk besteht ein Leistungsvertrag. Ich gehe mit Laavanja einig, dass die von ihr genannten Probleme in Bezug auf das Zusammensein von Jugendlichen bei Bahnhöfen und Bushaltestellen bestehen. Ich will diese Probleme und die offene Jugendarbeit aber nicht gegeneinander ausspielen. Ich bin überzeugt, dass der Jugendtreffpunkt im Liebefeld zur Problemlösung beitragen kann, bin aber realistisch genug zu sehen, dass Probleme bestehen bleiben.

Da die beiden Mikrofone von Gemeinderat Urs Wilk und Gemeinderätin Rita Haudenschild nicht funktionierten, werden die beiden Voten aufgrund ihrer schriftlichen Notizen oder sinngemäss wiedergegeben.

Gemeinderat Urs Wilk (FDP): Die Gebäudehülle entspricht dem Minergiestandard. Für die Erlangung des Labels fehlt im Projekt allerdings die Komfortlüftungsanlage. Wenn sich im Verlauf der weiteren Projektierungsarbeiten die für die Lüftungsanlagen fehlenden Fr. 15'000 finden lassen, werden wir diese einbauen.

Gemeinderätin Rita Haudenschild (Grüne): Wir werden das Anliegen prüfen, den benötigten Strom aus erneuerbaren Energiequellen zu decken.

Beschluss

Für den Ersatz des abgebrannten Jugendtreffpunktes Köniz-Liebefeld wird ein Kredit von Fr. 410'000.- zuzüglich allfälliger Teuerung zu Lasten Konto 3250.503.0262 Jugendtreff Köniz / Liebefeld bewilligt.

(abgegebene Stimmen: Einstimmig)

Gemeinderat Urs Wilk (FDP): Das Baugesuch wird morgen eingereicht.

4. 0612 Postulat (CVP/EVP) "Systemwechsel bei der Pensionskasse"

Abschreibung; Direktion Präsidiales und Finanzen

Parlamentspräsident Christian Burren: Am 10. August 2010 hat der Gemeinderat die Parlamentsmitglieder zu einem Informationshearing über Details zu vorliegenden Vorstoss eingeladen, an dem auch Fachleute anwesend waren.

Hermann Gysel (EVP): Zuerst danke ich dem Gemeinderat herzlich für die ausführliche Beantwortung des Postulats. Er hat sich grosse Mühe gegeben und für eine aussagekräftige Antwort fast keine Kosten gescheut. Eigentlich müsste der Verfasser des Postulats gerüffelt werden, weil mit dem Vorstoss verwaltungsintern und -extern grosser Aufwand generiert worden ist. Das Resultat des grossen Aufwands: Alles bleibt beim Alten. Ich verzichte auf eine versicherungsmathematische Betrachtung, weil dieses Thema unter anderen am 10. August behandelt worden ist. Ich versuche die Vorteile der beiden Primat darzustellen und würdige danach die Antwort des Gemeinderats aus politischer Sicht.

Das Leistungsprimat hat Vorteile, sowohl für den Arbeitgeber als auch für den Arbeitnehmer. Das mathematische Konstrukt des Leistungsprimats ist in den sechziger Jahren entstanden und hat den wesentlichen Vorteil einer stärkeren Bindung der Arbeitnehmenden an den Arbeitgeber, weil die jüngeren Arbeitnehmenden zu Beginn mehr in die Pensionskasse bezahlen und später davon profitieren können. Der grosse Vorteil für die Arbeitnehmenden besteht beim Leistungsprimat darin, dass ein klares Ziel vorgegeben ist: 60 Prozent des letzten Lohns werden als Rente ausbezahlt. Der grosse Vorteil beim Beitragsprimat für den Arbeitgeber besteht darin, dass es einfacher zu handhaben ist und sein finanzielles Risiko reduziert wird. Der Vorteil des Beitragsprimats für die Arbeitnehmenden: Es ist gerechter, da die Beiträge der Arbeitnehmenden quasi auf ein Sparkonto einbezahlt werden und nicht in einen Solidaritätsfonds. Das Wort Solidarität taucht in diesem Zusammenhang immer wieder auf und ist ein euphemistischer Begriff für nicht nachhaltige Umverteilung oder Quersubventionierung. Solidarität ist eigentlich eine ethisch politische Haltung, die die Verbundenheit mit der Unterstützung von Ideen, Aktivitäten und Zielen von anderen beschreibt. Hier aber ist Solidarität nicht freiwillig, sondern erzwungen und damit handelt es sich um Quersubventionierung. Ich komme zum Thema Risiko: Es bestehen hier zwei Arten von Risiken, die genauer zu betrachten sind. Das eine ist, welche Anreize ein Leistungsprimat heute für die Altersverteilung der Arbeitnehmenden setzt. Das zweite ist das finanzielle Risiko überhaupt. Eine Pensionskasse mit Leistungsprimat ist für die jüngeren Arbeitnehmenden nicht attraktiv, jedoch aber für die älteren ab 45 Jahren. Das bewirkt – stärker oder schwächer – schlicht und einfach, dass die Gemeinde mehr ältere und weniger jüngere Arbeitnehmende hat. Hier kann man der Meinung sein, dass dies weiter nicht schlimm ist. Wenn aber eine Pensionskasse – aus welchen Gründen auch immer – irgendeinmal in eine leichte Schieflage gerät, müssen Sanierungsbeiträge usw. verlangt werden. Je älter in einem solchen Fall die aktiven Versicherten sind und je kleiner der Anteil der Jungen ist desto schwieriger wird es, ein Gleichgewicht zu finden. Das ist das personalpolitische Risiko. Das finanzielle Risiko hängt mit der Gefahr zusammen, dass aufgrund der unterschiedlichen Altersstruktur mehr Beiträge von allen Arbeitnehmenden benötigt werden, um die nicht ganz deckenden Beiträge der älteren Arbeitnehmenden aufzufangen. Im Leistungsprimat besteht noch das Problem des technischen Zinssatzes. Dort können aller Voraussicht nach in den kommenden Jahren – wenn nicht eine sehr risikoreiche Anlagestrategie gefahren wird – nicht mehr die dafür benötigten 4,5 Prozent erreicht werden. Ich habe mit Stiftungsräten von grossen Pensionskassen gesprochen, die dieses Problem als sehr ernsthaft betrachten.

Das Risiko ist erheblich. Nun stellt sich die Frage, was weiter geschieht. Am einfachsten ist es der Meinung zu sein, mit dem Leistungsprimat weiter zu fahren. Die Frage stellt sich aber, ob das nicht hinausgeschobenes Kopfweh ist. Im Interesse der Sache müsste der Primatwechsel für die Gerechtigkeit, für die Einfachheit und für die Reduktion des Risikos, angepackt werden.

Das ist schwierig, denn Änderungen sind nicht immer Folge von Einsicht, sondern meistens Folge von Leidensdruck. Ich hoffe, dass sich der Gemeinderat von Köniz der These "gouverner c'est prévoir" bewusst ist und sich dem annehmen wird. In dem Sinn haben wir heute eine Motion vorbereitet, die den Gemeinderat beauftragt, den Primatwechsel vorzunehmen. Das unter Berücksichtigung der "Besitzstandwahrung" für die älteren Mitarbeitenden.

Da die Antwort des Gemeinderats auf unseren Vorstoss vollständig ist, stimmen wir dem Antrag auf Abschreibung zu.

Gemeindepräsident Luc Mentha (SP): Ich weise auf einen kleinen Flüchtigkeitsfehler auf Seite 9 des Berichts der Firma AON hin. Dort steht irrtümlich, dass der Umwandlungssatz 6,5 Prozent beträgt. Er beträgt jedoch 6,1 Prozent.

Fraktionssprecher Heinz Engi (FDP): Die FDP-Fraktion ist der Auffassung, das Postulat ohne grosse Aufregung abzuschreiben. Der Gemeinderat hat sich – verständlicherweise, da davon betroffen – bei seiner Antwort auf einen Teil der Begründung der Postulanten versteift, nämlich auf den Passus, dass "keiner Mitarbeitergruppe substanzielle Nachteile erwachsen sollen". Nur um herauszufinden, dass mit dieser Fessel im Begründungstext exorbitante Millionenbeträge für einen Primatwechsel notwendig werden, dafür hätte man sich die Beratermandate sparen können. Die FDP-Fraktion möchte heute auf lange technische und politische Debatten verzichten und lieber sicherstellen, dass die Renten der Pensionskasse für das Gemeindepersonal von Köniz auch in 10 Jahren noch finanziert und ausbezahlt werden können. Aus diesem Grund reicht sie heute, zusammen mit den Fraktionen der SVP und BDP eine Motion zum Thema Primatwechsel ein.

Fraktionssprecher Jan Remund (Grüne): Das System der 2. Säule ist in der Gemeindeverwaltung Köniz recht komfortabel. Gemäss der Aussage der Experten liegt es im oberen Drittel von vergleichbaren Pensionskassen. Es ist vor allem gut für langjährige und ältere Mitarbeitende. Sicher haben sowohl Leistungs- als auch Beitragsprimat Vor- und Nachteile. Beim Leistungsprimat haben die Angestellten vor allem den Vorteil, dass das Risiko auf dem Geldmarkt beim Arbeitgeber liegt. Das kann, wie z. B. zurzeit in Kalifornien, wo einige Gemeinden aufgrund von Pensionskassenforderungen Konkurs einreichen müssen, ein Risiko für den Arbeitgeber bedeuten. So weit wird es in der Gemeinde Köniz nicht kommen. Das Leistungsprimat hat für einige Mitarbeitende aber auch grössere Nachteile. Die Mehrheit der Grünen Köniz sind der Meinung, dass das Leistungsprimat nicht mehr in die heutige Arbeitswelt und in die soziale Situation passt. Das Leistungsprimat geht von einer 100-Prozent-Lebensarbeitsstelle aus, mit einem konstanten Lohnwachstum. Das Leistungsprimat ist vor allem in der öffentlichen Hand anzutreffen und drückt eine gewisse Beamtenmentalität aus, weil man schon früh weiss, was man im Pensionsalter verdienen wird. Das Leistungsprimat benachteiligt viele heutige Arbeitsformen, wie z. B. Teilzeitarbeit, rasch wechselnde Mitarbeitende, vor allem aber die Frauen. Die Angestellten sind sich dieser Nachteile eventuell gar nicht bewusst und haben sicher keine lautstarke Lobby. Die Solidarität des Leistungsprimats führt zu einer Umverteilung von Jung zu Alt. Für uns Grüne ist Solidarität grundsätzlich wichtig. Die hier bestehende Solidarität widerspricht aber den heutigen Gegebenheiten, wo vor allem die jungen, allein erziehenden Frauen vom Armutsrisiko betroffen sind. Das Leistungsprimat führt dazu, dass jüngere Mitarbeitende, die nur einige Jahre bei der Gemeinde arbeiten, bei einem Stellenwechsel nicht all ihr einbezahltes Geld zurückerhalten. Ein Umstieg vom Leistungs- zum Beitragsprimat ist in unseren Augen deshalb gerechtfertigt. Allerdings müssen wir festhalten, dass der Wechsel zurzeit nicht machbar ist, weil er für die Gemeinde schlicht zu teuer ist. Die Ausfinanzierung des betroffenen Teils der Mitarbeitenden ist in unseren Augen Pflicht. Wenn die über 50-Jährigen nachfinanziert werden sollen, würde das die Gemeinde Köniz 15 Millionen Franken kosten. Geld, das zurzeit nicht zur Verfügung steht oder das in Sinnvolleres investiert werden soll. Obwohl der Gemeinderat nicht – wie gefordert – aufzeigt, wie ein Wechsel auf geeignete Weise vorgenommen werden kann, soll das Postulat auch aus unserer Sicht abgeschrieben werden. Wir fordern den Gemeinderat auf, aufzuzeigen wie das Leistungsprimat mittelfristig in ein sozial gerechtes Beitragsprimat umgebaut werden kann. Dies ohne Nachteile für ältere Mitarbeitende und ohne, dass die Gemeinde hohe Summen investieren muss. Wir werden die heute eingereichten Motionen zu diesem Thema prüfen und allenfalls unterstützen. Umbau soll in unseren Augen den Solidaritätsfluss untersuchen und ändern. Es kann nicht sein, dass die jüngeren Mitarbeitenden dermassen für ältere bezahlen müssen. Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass das Leistungsprimat angepasst werden muss, denn mittelfristig fehlt ein grosser Betrag.

Er soll in nächster Zeit prüfen, ob dies eher durch eine Verkleinerung der Leistung oder durch die Erhöhung der Beiträge erreicht werden kann. Das soll selbstverständlich in einer guten Zusammenarbeit mit den Angestelltenverbänden geschehen.

Ich komme zum Fazit: Die Grünen Köniz sind für eine Abschreibung des Postulats. Ein Umstieg ist grundsätzlich gerechtfertigt, kommt die Gemeinde zurzeit jedoch zu teuer zu stehen. Ein Ja zur Abschreibung bedeutet aber nicht, dass wir Grünen für das bestehende System sind. Es soll so revidiert werden, damit Einnahmen und Ausgaben übereinstimmen und mittel- bis langfristig ein Wechsel zum Beitragsprimat real machbar ist.

Fraktionssprecher Ulrich Witschi (BDP): Die BDP-Fraktion nimmt den Bericht des Gemeinderats zur Kenntnis und unterstützt die Abschreibung des Postulats. Wir können die Schlussfolgerungen nachvollziehen, vor allem die Kosten, die durch den Primatwechsel ausgelöst werden. Inhaltlich sind wir aber nicht damit einverstanden. Auch für uns ist eine ernsthafte Prüfung des Primatwechsels angezeigt. Die Argumente dafür sind so stark, dass Varianten erarbeitet werden müssen, die aufzeigen, welche Übergangsregelungen üblich sind und welche finanzierbar sind. Es geht uns dabei nicht darum, eine Sparübung zu Lasten der Versicherten zu veranstalten. Es geht uns darum, ein einfacheres, flexibleres und transparenteres System zu schaffen, das langfristig finanzierbar ist. Viele hier im Saal sind bereits von einem Primatwechsel betroffen und wissen aus eigener Erfahrung, dass auch bei einem Beitragsprimat Lösungen mit vergleichbaren Leistungen möglich sind.

Fraktionssprecher Stefan Lehmann (SVP): Auch die SVP-Fraktion dankt dem Gemeinderat für die umfangreiche Berichterstattung des Postulats. Ein Primatwechsel ist eine komplexe Aufgabe und darf nicht zu grossen Leistungsminderungen für die betroffenen Arbeitnehmenden führen. Gleichwohl müssen wir festhalten, dass bis heute die meisten Leistungsprimat-Kassen ins Beitragsprimat gewechselt haben oder dies noch tun werden. Einzig dort wo die Politik etwas zu sagen hat, wird am Leistungsprimat festgehalten. Aber auch bei der öffentlichen Hand sind durchaus Bestrebungen vorhanden, dies zu ändern. Das Leistungsprimat ist ein Auslaufmodell. Die Vor- und Nachteile der beiden Primat sind bereits ausgeführt worden. Es bleibt aber dabei, dass das Beitragsprimat in der heutigen Arbeitswelt administrativ wesentlich einfacher, transparenter und flexibler ist. Es wird vorgerechnet, dass ein Primatwechsel zwischen 10 und 30 Millionen Franken kosten wird. Das ist tatsächlich viel Geld für die Gemeinde Köniz, das werden weder der Steuerzahler noch die Versicherten allein bezahlen können. Ich unterstelle dem Gemeinderat nicht, dass er den Primatwechsel von Anfang an nicht wollte. Wie bereits erwähnt, haben wir einen umfangreichen Bericht erhalten. Mein Bauchgefühl sagt mir aber doch, dass der Gemeinderat über das Resultat seiner Abklärungen nicht unglücklich ist und vielleicht hoffte, das Thema nun vom Tisch zu haben. Ich bin aber sicher, dass das Thema noch nicht vom Tisch ist und uns weiterbeschäftigen wird. Wir werden nicht darum herum kommen, hier etwas zu ändern.

Die SVP-Fraktion stimmt der Abschreibung des Postulats zu, weil es erfüllt ist.

Fraktionssprecher Mario Fedeli (SP): Die SP/JUSO-Fraktion wird der Abschreibung des Postulats zustimmen. Es geht aber nicht nur um die Abschreibung des Postulats, sondern um die grundsätzliche Frage des Primatwechsels. Dazu stellen sich zwei Fragen. Die erste: Sind Gründe vorhanden, die einen Primatwechsel als notwendig erscheinen lassen? Die zweite: Wenn ja, zu welchen Bedingungen?

Zur ersten Frage: Beide Primat haben gewichtige Vor- und Nachteile und ein Primatwechsel bringt verschiedene Unannehmlichkeiten mit sich. Es entsteht administrativer Mehraufwand beim Umbau, die Arbeitnehmenden werden verunsichert und schlussendlich müssen erhebliche Beträge eingeschossen werden. Damit dies auf der einen Seite in Kauf genommen wird, müssen auf der anderen Seite gewichtige Vorteile herauschauen. Diverse Vorteile sind genannt worden, von denen jeder aber seinen Nachteil hat. Im Bericht sind Schwachstellen des heutigen Primats aufgedeckt worden, aber auch Lösungsansätze ohne Primatwechsel. Der Primatwechsel soll nicht aus der Laune der Zeit heraus initiiert und nicht aus Spargründen vorgenommen werden. Die SP/JUSO-Fraktion verschliesst sich einer Diskussion über einen Primatwechsel nicht. Wir sind aber zum heutigen Zeitpunkt von der Dringlichkeit eines solchen Wechsels nicht überzeugt. Zur zweiten Frage, den Bedingungen: Wir werden nicht Hand zu einer Verschlechterung der bestehenden Situation der Gemeindeangestellten und einem Primatwechsel auf deren Buckel bieten. Eine gut ausgebaute Leistungsprimatkasse wie jene in Köniz hat – das ist systemimmanent – meist ein durchhängendes, für tiefe Alter sogar negatives Deckungs- oder Vorsorgekapital. Ein grosser Teil der Finanzierung wird zum höheren Alter hin verschoben.

Das führt dazu, dass bei insgesamt gleichen Bedingungen die Umstellung vom Leistungs- zum Beitragsprimat für die Versicherten ab Alter 40 – da sind sich alle einig – aufgrund des fehlenden Solidaritätsausgleich der Jungen eine substanzielle Deckungskapitalverbesserung erfordert. Das kostet gemäss den Berechnungen der Experten im vorliegenden Fall rund 30 Millionen Franken. Geld, das die Gemeinde Köniz für anderes als einen Primatwechsel, der sich nicht zwingend aufdrängt, brauchen könnte. Dass das Postulat verlange, dass keiner Mitarbeitergruppe substanzielle Nachteile erwachsen sollen, sei wie eine Fessel, ist gesagt worden. Das ist aber keine Fessel, sondern korrekter Umgang mit den betroffenen Personen. Will man den Wechsel, bedingt dies eine Abfederung ab Alter 40 und nicht ab Alter 50 oder gar 60. Ohne diese Abfederung nimmt man den Mitarbeitenden der Gemeinde nicht nur die Butter vom Brot, sondern gleich noch das Brot und den Teller weg. Für uns im Parlament mag es hier um theoretische und mathematische Planspiele gehen. Für die Betroffenen geht es um nicht mehr und weniger als um einen Ruhestand in finanzieller Sicherheit. Die Betroffenen sind genau jene, die an der letzten Parlamentssitzung von Ihnen bei der Genehmigung des Verwaltungsberichts 2009 zu Recht für ihre gute Arbeit über den grünen Klee gelobt worden sind.

Zum Schluss: Es sind nicht nur die Angestellten der Gemeinde Köniz betroffen, sondern auch jene von anderen Organisationen wie der Musikschule, den Mediotheken, der Kirchgemeinde und anderen. Auch sie sind der Pensionskasse des Personals der Gemeinde Köniz angeschlossen. Diese Organisationen dürften kaum in der Lage sein, die Kosten eines allfälligen Einkaufs jetzt zu übernehmen. Das heisst, die Zahl der Versicherten in der Pensionskasse wird massiv sinken und eine kleinere Anzahl Versicherter ist in Bezug auf die Risikofähigkeit einer Pensionskasse nicht besonders positiv.

Ignaz Caminada (CVP): Im Vorfeld und im Bericht ist immer wieder von den älteren Mitarbeitenden gesprochen worden, die durch einen allfälligen Primatwechsel viel Geld verlieren, respektive für die die Gemeinde hohe Kompensationssummen übernehmen müssen. Wir Parlamentsmitglieder haben aber die Pflicht, uns ebenso für die jüngeren Mitarbeitenden einzusetzen, die mit dem aktuellen Leistungsprimat weiterhin viel zu viel in die Pensionskasse einzahlen müssen. Wird das System über die nächsten Jahre beibehalten, bleibt die Ungerechtigkeit weiterhin bestehen. Die jungen Mitarbeitenden, die vielleicht eine neue Wohnung einrichten oder eine Familie gründen wollen, sind darauf angewiesen, dass möglichst wenig vom Lohn abgezogen wird. Bei einem 55-Jährigen ist es eher der Fall, dass die Kinder die Ausbildung beendet haben und bereits aus dem Elternhaus ausgeflogen sind. Gleichzeitig sind die älteren Mitarbeitenden eher am oberen Ende der Lohnklasse angelangt, was einen prozentual höheren Abzug für die Pensionskasse eher verträgt. Eine zweite Anmerkung bezieht sich auf die Besitzstandsgarantie auf Seite 2 des Berichts, wo die heute bereits mehrmals erwähnten 30 Millionen Franken festgehalten sind. Interessant wäre hier ein Vergleich mit anderen Pensionskassen, die den Primatwechsel bereits vollzogen haben. Gibt es oder hat es Pensionskassen gegeben, die eine Besitzstandsgarantie für 75 Prozent der Belegschaft umgesetzt haben oder eine Besitzstandsgarantie bereits ab Alter 40 umgesetzt haben? Die Bundesangestellten wurden hier im Parlament bereits oft als privilegiert bezeichnet und für Beispiele herangezogen. Ich bringe nun ein anderes: In der Publica – die Pensionskasse der Bundesangestellten – konnten die Angestellten erst ab 60 Jahren von der vollen Besitzstandsgarantie profitieren. Wer kann heute sagen, wie die Leistungen der Pensionskasse für einen 40-Jährigen in 25 Jahren aussehen und welches Rentenalter dannzumal üblich sein wird? Mit grösster Wahrscheinlichkeit wird das Beitragsprimat im Jahr 2035 auch anders ausgestaltet sein und anders heissen. Welcher Spezialist kann heute sagen, dass die Lohnerhöhungen in den nächsten 25 Jahren durchschnittlich 2 Prozent betragen? Verdient heute eine 40-Jährige Person 60'000 Franken, sollte sie gemäss der vorliegenden Rechnung im letzten Jahr vor der Pensionierung 98'436 Franken oder 64 Prozent mehr als heute verdienen. Aus diesem Grund nochmals meine Frage: Wer kann dieses Szenario heute mit Garantie voraussagen und folglich die Zahl 30 Millionen Franken in den Raum stellen? Wie bereits erwähnt, wird die CVP/EVP/GLP-Fraktion heute eine entsprechende Motion einreichen, die die Besitzstandsgarantie bei einem Primatwechsel in die richtigen Bahnen leitet.

Stephie Staub-Muheim (SP): Diverse Votanten haben sich dahingehend geäussert, keine Sparübung zu Lasten der Versicherten vorzunehmen, die Leistungen nicht zu vermindern usw. Vor einiger Zeit haben wir hier drin vom "Wunder von Köniz" gesprochen. Wir haben damals realisiert, dass der Alterdurchschnitt der Gemeindeangestellten hoch ist. Viele arbeiten bereits lange Jahre loyal für die Gemeinde. Genau diese Mitarbeitenden sind von einem allfälligen Primatwechsel betroffen. Ich spreche auch aus Erfahrung, denn mein Mann arbeitet beim Bund.

Ich habe viel Verständnis für die jungen Mitarbeitenden, aber auch für jene, die 30 oder 35 Jahre ihrem Arbeitgeber treu sind und gerne wissen wollen, wie hoch die Leistungen der Pensionskasse sein werden. Beim Bund wurden die Löhne im Jahr 2003 für die Leistungen der Pensionskasse für 8 Jahre eingefroren, d. h. ungefähr 10 Prozent sind zu wenig einbezahlt worden. Danach wurde der Primatwechsel vollzogen und irgendwo der Strich gezogen. Personen im Alter von 48 oder 49 Jahren sind in Probleme geraten, weil der Zuschlag nicht entrichtet worden ist. Pro Jahr fehlen diesen Personen im Pensionsalter 8'000 bis 10'000 Franken. Wie dies bei der Gemeinde aussehen wird, kann ich hier nicht sagen. Einige Millionen Franken werden vielleicht nicht einbezahlt werden können. Ich bin aber der Meinung, dass genau geschaut werden muss, wenn man alles über einen Strich ziehen will.

Ruedi Lüthi (SP): Die Pensionskasse des Personals der Gemeinde Köniz ist heute gesund. Von diversen Seiten ist ein Systemwechsel gewünscht. Weshalb, wenn die Kasse doch gesund ist? Man will 30 Millionen Franken bezahlen, damit mehr als die Hälfte der Mitarbeitenden in eine schlechtere Situation als bis anhin geraten. Die Mitglieder der Pensionskasse sind im Schnitt 47-jährig. Diverse Beispiele, wie in der Bundesverwaltung geschehen, zeigen auf, dass alle über 45-Jährigen mit dem Systemwechsel schlechter fahren. Die Swisscom konnte Aktien verkaufen und damit die Pensionskasse ausfinanzieren. In der allgemeinen Bundesverwaltung finanzieren die Angestellten die Pensionskasse selber, indem sie zwei bis drei Jahre länger arbeiten als ursprünglich vorgesehen und 4 bis 5 Prozent höhere Beiträge bezahlen. Ich sehe nicht ein, weshalb eine gesunde Pensionskasse nun mit aller Gewalt einen Systemwechsel über sich ergehen lassen soll. Ein Versicherungsfranken ist im Leistungs- oder im Beitragsprimat ein Versicherungsfranken. Beide Primat können solidarisch und sozial ausgestaltet werden. Aus diesem Grund ist in meinen Augen der Vorschlag des Gemeinderats richtig, keinen Primatwechsel vorzusehen, da zurzeit keine Notwendigkeit vorhanden ist und beim bestehenden Primat Anpassungen vorzunehmen. Ein Systemwechsel bringt zurzeit nichts und es wird nur Verlierer geben.

Gemeindepräsident Luc Mentha (SP): Ich erkläre hier nochmals, um was es dem Gemeinderat geht: Die Einreichung des Postulats stellte den Gemeinderat vor keine Probleme und die Fragestellung war wichtig. Wenn die getätigten Abklärungen des Gemeinderats dazu führen, mit einigen Anpassungen beim Leistungsprimat zu bleiben, macht dieses Ergebnis durchaus Sinn. Das Postulat hat eine sehr berechtigte Frage aufgeworfen und Anlass zu einer Standortbestimmung unter dem Beizug von Experten gegeben. Das Gemeindepersonal ist unsere wichtigste Ressource und deshalb glaube ich nicht, dass Investitionen in sorgfältige Abklärungsarbeiten unter dem Beizug von externen Experten hinausgeworfenes Geld ist, wie einige Votanten anzutönen versucht haben. Das Postulat verlangt eine faire Lösung, die keiner Mitarbeitergruppe substantielle Nachteile bringen soll. Genau diese vorurteilslose Abklärung haben wir vorgenommen. Will man die Übergangsgeneration korrekt behandeln, kostet dies zwischen 10 und 30 Millionen Franken. Bei einem Mittelwert von 20 Millionen Franken liegen wir in meinen Augen richtig. Das ist sehr viel Geld, das wir und unsere Partnerorganisationen und auch die Pensionskasse jetzt nicht haben. Das ist aus unserer Sicht das Hauptproblem eines Primatwechsels. Wir stellen uns nicht auf der "grünen Wiese" die Frage, welches Primat wir wählen sollen. Beide haben ihre Vor- und Nachteile, die hier bereits korrekt erwähnt worden sind. Wird bei einer laufenden Leistungsprimatlösung ein Wechsel durchgeführt, entsteht eine so genannte "Übergangsgeneration", die bis anhin solidarisch höhere Beiträge bezahlt hat als dies bei einem Beitragsprimat der Fall wäre. Hier ist die Meinung des Gemeinderats, dass die verlustig gehenden Ansprüche ersetzt werden müssen. Im Fall der Pensionskasse der Gemeinde Köniz ist der Übergang besonders deshalb schwierig, weil das Durchschnittsalter relativ hoch ist und weil wir – im Vergleich zu anderen Arbeitgebern – eine relativ tiefe Fluktuation haben. Das macht eine korrekte Übergangslösung relativ teuer. Entscheidend beim Beitragsprimat ist das Risiko der Anlage, das auf die Arbeitnehmenden überwälzt wird. Ob dies sozialpolitisch korrekt und richtig ist, dazu hegen wir im Gemeinderat grosse Bedenken. Dass es gegenwärtig Mode ist, das Pensionskassensystem zu ändern, da gebe ich Stefan Lehmann Recht. In der Schweiz ist in meinen Augen die 2. Säule sozialpolitisch einer der grössten Steinbrüche, wo Umwälzungen stattfinden und wo gegenwärtig ganz generell Umverteilungsübungen zu Lasten des Mittelstands stattfinden. Dass der Vertreter der so genannten Mittelstandspartei zu diesem Phänomen bemerkt, beim Leistungsprimat handle es sich um ein Auslaufmodell, hat sozialpolitisch eine gewisse Brisanz. Unser Ziel ist, unserem Personal eine attraktive Altersvorsorge zu bieten und gleichzeitig das Hauptziel nicht aus den Augen zu verlieren – hier sind wir gleicher Meinung mit der FDP-Fraktion –, dass die Pensionskasse langfristig finanzierbar und stabil bleiben muss.

Das ist sowohl im Beitragsprimat wie auch im Leistungsprimat ohne Weiteres möglich. Die entsprechenden Änderungen wollen wir nun vornehmen, um die vorhandenen Lücken und Schwachstellen unseres Leistungsprimats, die durch die externen Gutachten zu Tage gekommen sind, zu beheben. Der Gemeinderat ist beim heutigen Stand der Abklärungen und aufgrund der heutigen Diskussion der Auffassung, dass mit entsprechenden Massnahmen am Leistungsprimat festgehalten werden sollte. Ich muss noch einen Irrtum zu Handeln von Stefan Lehmann korrigieren: Nicht nur die von der Politik beeinflussten Pensionskassen bleiben beim Leistungsprimat, sondern auch grosse Arbeitgeber mit vielen jungen Angestellten, die Teilzeit arbeiten, wie z. B. die Migros, die nach einer eingehenden Abklärung und mit Retuschen bei den Leistungen und Beiträgen, beim Leistungsprimat bleibt. Genau so wollen wir in Köniz vorgehen. Wenn ein gangbarer Weg für den Wechsel zum Beitragsprimat gefunden wird, hilft der Gemeinderat mit. Zurzeit ist dieser gangbare Weg nicht erkennbar, es gibt zu viele Mitarbeitende, die erhebliche Abstriche erleben müssten. Wir befinden uns offensichtlich erst im ersten Akt der Diskussion betreffend Leistungs- oder Beitragsprimat und ich bitte Sie, zu unserem Personal Sorge zu tragen, fair zu sein, und denken Sie daran, dass mehr als die Hälfte die Steuern in der Gemeinde Köniz bezahlen und sich rege an den Gemeindeabstimmungen beteiligen.

Bernhard Bichsel (FDP): Entscheide basierend darauf zu treffen, wie viele Wählerstimmen man dafür erhält, werden wir sicher nicht tun.

Beschluss

Das Postulat wird abgeschrieben.
(abgegebene Stimmen: Einstimmig)

5. 0803 Motion (CVP, jfk, EVP, FDP), "Ausarbeiten einer Energiestrategie für die Gemeinde Köniz" und 0807 Motion (Grüne, SP) "Energiezukunft Köniz" Verlängerung der Erfüllungsfrist; Direktion Umwelt und Betriebe

Hansueli Pestalozzi (Grüne): Da die Verlängerung der Erfüllungsfrist nur noch ein halbes Jahr dauern wird, spreche ich nur kurz dazu. Wir stellen fest, dass die Arbeiten für die Erfüllung der beiden Motionen im Gang sind. Die Energiestrategie ist verabschiedet, der Energierichtplan ist in Arbeit. Wir verstehen, dass die Ausarbeitung einer Energiebilanz für die Gemeindeverwaltung Zeit braucht. Es braucht auch Zeit für das Controlling und für die Berichterstattung im Rahmen des Verwaltungsberichts. Das ist uns jedoch versprochen worden. Nicht vergessen werden soll aber die Forderung in der Motion 0807 "Energiezukunft Köniz", dass die Massnahmen aufgrund des Kosten- Nutzen-Verhältnisses zu priorisieren sind. In der Energiestrategie sind viele Massnahmen ohne Priorisierung, ohne Grobabschätzung der Kosten und Nutzen die sie bringen, aufgelistet. Wir hoffen, dass die Zeit bis Ende Jahr reicht, um auch das zu realisieren. Die Grünen stimmen der Verlängerung der Erfüllungsfrist zu.

Beschluss

Die Erfüllungsfrist wird bis zum 28. Februar 2011 verlängert.
(abgegebene Stimmen: Einstimmig)

6. 0810 Postulat (SP) "Gemeinsam Energie sparen" Abschreibung; Direktion Umwelt und Betriebe

Annemarie Berlinger-Staub (SP): Der Vorstoss verlangt die Verfassung eines gut verständlichen Bericht zu den Themen Energie sparen und erneuerbare Energien, der an alle Haushalte der Gemeinde Köniz verteilt werden soll. Die Sache ist in meinen Augen auf guten Wegen. Die sich im Entstehen befindende Broschüre – die übersichtlich, kurz und verständlich sein soll – sieht gut aus. Sehr sinnvoll ist meiner Meinung nach auch, dass man sie als Nachschlagewerk konzipiert und eher generell halten will, denn für die aktuellsten Informationen sind das "Köniz Innerorts" oder auch die Website der Gemeinde Köniz die besseren Medien. Weniger zufrieden erkläre ich mich vom Bericht des Gemeinderats. Einerseits sehe ich, dass man hier zeitlich knapp ist, weil der Vorstoss vor zwei Jahren erheblich erklärt worden ist.

Dass man sich nun in dieser Situation mit einer mündlichen Information über die vorliegenden Resultate anlässlich einer Parlamentssitzung helfen will, bin ich nicht einverstanden. Die gemeinderätliche Berichterstattung zu Postulaten hat schriftlich zu erfolgen. Mündliche Erläuterungen anlässlich einer Parlamentssitzung genügen nicht.

In dem Sinn bitte ich Sie im Namen der SP/JUSO-Fraktion, das Postulat noch nicht abzuschreiben. Ich will aufgrund eines schriftlichen Berichts, den ich im Voraus lesen kann, entscheiden ob der Gemeinderat einen parlamentarischen Auftrag erfüllt hat oder nicht.

Hansueli Pestalozzi (Grüne): Auch wenn die Broschüre noch nicht druckreif vorliegt, stimmen wir Grünen der Abschreibung zu. Der Auftrag für die Broschüre ist erteilt. Wichtig ist, dass in der Gemeinde Köniz eine solche Broschüre zur Verfügung steht. Wer sein Haus isolieren, wer eine Solaranlage bauen, wer eine kleinere Stromrechnung oder von der Ölheizung wegkommen will, muss nicht die Energieberatungsstelle belästigen, sondern kann die nächsten Schritte für sein Vorhaben dieser Broschüre entnehmen. Sie wird auch aufzeigen, wo für welche Energiemassnahmen Beiträge abgeholt werden können. Das ist bereits heute auf der Website der Gemeinde Köniz möglich. Leider, das muss hier festgehalten werden, wird die Broschüre nichts Könizspezifisches enthalten, da bei der Gemeinde keine Beiträge fürs Energiesparen abgeholt werden können. Die Stadt Bern hat z. B. eine Broschüre verfasst mit einem 2-Millionen-Franken-Gebäudeprogramm, inklusive Energiecoaches. Von diesem Gebäudeprogramm sind aktuell bereits 90 Prozent der zur Verfügung stehenden Mittel ausgeschöpft und für das Gewerbe sind sehr viele Aufträge ausgelöst worden. In der Gemeinde Köniz wurden ähnliche Vorstösse im Parlament leider abgelehnt.

In der Broschüre wird zwar erklärt, wie die Könizer Bevölkerung Energie sparen kann, aber wirkliche Beiträge und Hilfestellungen in Form von Energiecoaches oder namhafte Beiträge der Gemeinde gibt es nicht. Das scheint uns Grünen etwas flügelarm und angesichts der aktuellen Finanzlage wird kurzfristig daran nichts geändert werden können. Für die Broschüre müsste anstelle des bekannten Sprichworts "Tue Gutes und sprich darüber" eher "Tue nichts und sprich darüber" gelten. Wir wissen alle, dass die Gemeinde Köniz im Energiebereich nicht nichts tut. Aus unserer Sicht tut sie aber zu wenig und das mindert den Wert der Broschüre.

Stephie Staub-Muheim (SP): Die Broschüre werde einmalig erscheinen, ist im Bericht festgehalten. Ich rege an, die Broschüre der Mappe beizufügen, die an die Neuzuziehenden abgegeben wird.

Da das Mikrofon von Gemeinderätin Rita Haudenschild nicht funktionierte, wird das Votum aufgrund von schriftlichen Notizen oder sinngemäss wiedergegeben.

Gemeinderätin Rita Haudenschild (Grüne): Das Anliegen ist vom Gemeinderat geprüft worden. Wir sind zurzeit an der Ausarbeitung der angesprochenen Broschüre. Der Auftrag für die Broschüre ist anfangs August vergeben worden. Sie soll Ende Jahr an alle Haushaltungen verteilt werden. Es ist vorgesehen, sie der Neuzuzügermappe beizulegen.

Beschluss

Das Postulat wird abgeschrieben.

(abgegebene Stimmen: 23 dafür, 15 dagegen, 1 Stimmenthaltung)

7. 1001 Postulat (SP) "Open Sunday - Midnight-Sports: die offene Turnhalle für Kinder und Jugendliche"

Beantwortung; Direktion Bildung und Soziales

Anna Mäder (SP): Ich danke dem Gemeinderat für die positive Aufnahme des Vorstosses. Ich kann mich seinen Ausführungen im Grossen und Ganzen anschliessen. Der Antwort und auch den Medienberichten zu den bisherigen Erfahrungen kann entnommen werden, dass die beiden Projekte "open sunday" - midnight sports" einem grossen Bedürfnis entsprechen. Überall wo solche Projekte realisiert worden sind, fanden sie breiten Zuspruch. Es wäre schön, könnten diese Projekte auch in der Gemeinde Köniz realisiert werden. Mit der Überweisung des Vorstosses wäre dies möglich. Mir ist klar, dass die finanziellen Möglichkeiten unserer Gemeinde beschränkt sind.

Aus diesem Grund wird es wichtig sein, dass die lokalen Vereine und Trägerschaften mit eingebunden werden. Am Beispiel der "Purzelkinder" in der Turnhalle Hessgut ist ersichtlich, dass ein solches Projekt auch ohne finanzielle Unterstützung durch die Gemeinde bestens funktionieren kann. An diesem Projekt ist jedoch noch etwas anderes ersichtlich: Initiiert worden ist es durch das Familienzentrum Köniz und ab Herbst 2010 wird der Sportverein Köniz das Projekt übernehmen. Die Übernahme einer solchen Aufgabe durch Sportvereine kann für diese durchaus interessant sein. Hier können die ganz Jungen abgeholt und für Sport begeistert werden. Im Fall von "open sunday – midnight sports" können Jugendliche für sportliche Aktivitäten gewonnen werden. Einzubinden sind jedoch nicht nur die Sportvereine, sondern ebenfalls die Jugendarbeit und vielleicht auch die Kirchen. Es geht nicht nur darum, der Gemeinde eine neue Aufgabe zu überbürden, sondern die Gemeinde soll sozusagen Geburtshilfe mit dem Ziel leisten, dass diese Projekte selbstständig werden. Die Gemeinde kann ihre Infrastruktur – die Turnhallen – zur Verfügung stellen. Mir ist klar, dass sich "open sunday – midnight sports" zu einer Art Jugendtreff entwickeln könnte. Daran sehe ich grundsätzlich nichts Falsches. Im Gegenteil, es ist doch richtig, wenn bestehende Infrastrukturen für Jugendliche zur Verfügung gestellt werden und dies erst noch für einen guten Zweck. Das kostet weniger als die Einrichtung eines neuen Jugendtreffs und mir ist Folgendes wichtig: Mit einem solchen Projekt könnte ein neues Zielpublikum angesprochen werden: Jene Jugendlichen, die nicht unbedingt einen Jugendtreff besuchen wollen, aber sinnvolle Freizeitaktivitäten in der Gemeinde suchen und dafür nicht in die Stadt gehen wollen. Besonders sinnvoll dabei ist, dass die vorhandenen dezentralen Strukturen der Gemeinde genutzt werden können. Der Vorstoss ist bewusst als Postulat formuliert. Es geht uns darum, dass vertieft geprüft wird, wie die Einführung der beiden Projekte in der Gemeinde unterstützt werden kann. Meiner Meinung nach ist es richtig, wenn wie in der Antwort vorgeschlagen, erste Erfahrungen in Form eines Pilotprojekts gesammelt werden. Anhand dieser Erfahrungen können danach die Projekte hoffentlich in den verschiedenen Ortsteilen etabliert werden. Bisherige Erfahrungen mit "open sunday - midnight-sports" sind durchwegs positiv. Das ist aktive Präventionsarbeit und ein aktiver Beitrag zur Förderung der Gesundheit. Man soll nicht nur über die "heutige Jugend" lamentieren, wir haben Verantwortung für unsere Jungen wahrzunehmen. In dem Sinn bitte ich Sie, das Postulat erheblich zu erklären.

Fraktionssprecher Heinz Nacht (SVP): Die SVP-Fraktion stimmt dem Antrag des Gemeinderats auf Erheblicherklärung des Postulats einstimmig zu. Anna Mäder hat mir aus dem Herzen gesprochen. Ich selber wohne neben dem Sportplatz der Schule in Schliern. Mich freut es jeden Sonntagmorgen, wenn bereits um 9.00 Uhr Fussball gespielt wird. Wer aber um diese Zeit bereits Sport treibt, ist am Abend entsprechend früh im Bett. Die beiden Projekte sind sicher ein Bedürfnis für die Jugendlichen, denn im Winter kann nicht mehr draussen Fussball oder anderes gespielt werden. Wichtig ist aber festzuhalten, dass es sich dabei nicht um eine weitere Dienstleistung der Gemeinde handeln soll. Sie soll zwar die Infrastruktur zur Verfügung stellen, aber Sportvereine, Jugendorganisationen, Elternvereine, usw. sollen für diese Projekte mit eingebunden werden.

Fraktionssprecherin Liz Fischli-Giesser (Grüne): Die Liste der Kantone, Städte und Gemeinden auf der Website "midnight-network", die offene Turnhallen anbieten, ist sehr lang und wächst von Jahr zu Jahr. Schweizweit sind es inzwischen rund 100 Gemeinden. Im Kanton Bern bieten vor allem die Stadt Bern und Agglomerationsgemeinden solche Angebote an, in nächster Zeit auch die Gemeinde Ittigen. Gross ist aber auch die Anzahl der teilnehmenden Jugendlichen. Seit 1999 werden sie schweizweit gezählt. Heute sind es fast 300'000. Die Arbeit des Fördervereins "midnight projekte schweiz" ist mehrfach mit Preisen ausgezeichnet worden. Offene Turnhallen sind also eine Erfolgsstory und das beruht auf einer seriösen Grundlagenarbeit. Die Gemeinde Köniz kann heute von den bereits gemachten Erfahrungen profitieren. Seit 2001 hilft der Förderverein Städten und Gemeinden mit Fachstellen, den langfristigen Betrieb solcher Projekte aufzubauen und sicherzustellen. Auch in Bern besteht eine Fachstelle, die von der Gemeinde Köniz für das Abholen von Knowhow in Anspruch genommen werden kann. Die Projekte selber werden gemäss Förderverein immer mit Jugendlichen gestaltet und geleitet. Jugendliche können sich als Coaches ausbilden lassen und mitwirken. Das stösst wiederum auf grosse Akzeptanz bei den teilnehmenden Jugendlichen. Die Projekte werden immer lokal mitgetragen, auch von ehrenamtlichen Mitwirkenden aus Sportverbänden, Eltern- oder Quartierorganisationen, Kirchgemeinden und von Privatpersonen. Auch das fördert und stützt ein einvernehmliches Zusammenleben vor Ort. Tatsache ist, dass Jugendliche gerade im Alter von 13 bis 17 Jahren heute an den Wochenendabenden vielfach dem Ausgang zustreben. Was gibt es deshalb Besseres als lokal vernetzte Treffpunkte, wo sie sich locker sportlich bewegen und aufhalten, schwätzen und austauschen können?

Nebenbei lernen sie Fairplay leben und erleben. Die notwendigen Finanzmittel sind deshalb gut und vor allem nachhaltig eingesetzt. Die Kosten der Gemeinde für die Behebung von Folgen jugendlicher Gewalt und Vandalismus müssten, zumindest teilweise, in der Gesamtrechnung abgezogen werden. Ausserdem muss unbedingt unterstützendes Sponsoring von Organisationen, Kirchgemeinden und Verbänden für gute lokale Jugendprojekte einbezogen werden. Die Grünen Köniz stimmen deshalb dem Postulat zu und danken dem Gemeinderat, dass er sich vorstellen kann, ein Pilotprojekt zu prüfen und zu starten. Die Standortfrage und die Anzahl der Angebote muss gut evaluiert werden, dies in Zusammenarbeit mit der juk (Jugendarbeit Köniz), mit der Fachstelle Prävention und mit den Schulen. Konkurrenz mit anderen, die Turnhallen belegenden Vereinen, ist zu vermeiden. Offene Turnhallen gehören für uns aber langfristig zu einem Teil der Könizer Jugendarbeit. 15-jährige Jugendliche, mit denen ich darüber gesprochen habe, sagten mir, das sei super, hoffentlich kommt es aber noch, bevor wir 17 werden.

Fraktionssprecherin Franziska Keller (BDP): Auch die BDP-Fraktion stimmt der Erheblicherklärung des Vorstosses zu. Auch im Sport liegt der Teufel im Detail. Die BDP-Fraktion ist sehr sportlich und beim Thema Sport schlägt unser Herz höher. Wir möchten beim Pilotprojekt aber dringend darauf hinweisen, dass dieses nicht nur ein Spassangebot ohne Pflichten sein soll. Wir sind der Meinung, dass die Jugendlichen lernen sollen, dass es nicht nur ein Nehmen gibt, sondern auch ein Geben.

Fraktionssprecher Mark Stucki (FDP): Zuerst lege ich meine Interessenbindung offen. Mein Sohn engagiert sich im Rahmen des Jugendparlaments für die Idee von "open sunday - midnight sports". Ich habe vorerst bedauert, dass man hier nicht das Jugendparlament weiterarbeiten liess, sondern das Thema gleich per Vorstoss ins Parlament brachte. Vielleicht kann sich dadurch aber eine gute Zusammenarbeit anbahnen. Die Idee von "open sunday – midnight sports" ist bestechend und ein toller Einsatz von bereits bestehenden Ressourcen. Die bestehenden Infrastrukturen werden zu einer Zeit genutzt, in welcher sie in der Regel leer stehen. Jugendlichen wird damit die Möglichkeit geboten, sich zu bewegen und zusammen etwas Sinnvolles zu tun. Dies zu einer Tageszeit, die oft als problematisch angesehen wird. Wichtig an der Idee ist, dass es sich nicht um ein staatliches Angebot handelt. Bei Projekten wie "open sunday - midnight-sports" können und sollen die Jugendlichen eingebunden und in die Verantwortung genommen werden. Es ist aber auch denkbar, dass Eltern-, Kirchen- und weitere Organisationen sich hier engagieren. Mit der Organisation "midnight projekte Schweiz" ist eine professionelle Stelle vorhanden, die berät. Sie hilft aber auch in der Anfangsphase solche Projekte zu finanzieren und das mit immerhin jährlich 2,5 Millionen Franken. Eine Studie der Hochschule Luzern zeigt, dass mit "open sunday - midnight-sports" etwas erreicht wird. Die Teilnehmerzahlen sind hoch und rund 70 Prozent der Mitmachenden geben an, dass sie sonst mehr oder weniger unkontrolliert auf der Strasse oder irgendwo sonst im Ausgang wären. Die Studie verheimlicht aber auch nicht, dass es auch bei "open sunday - midnight-sports" Probleme mit Alkohol, Vandalismus oder Lärm geben kann und unterstreicht, dass solche Projekte deshalb gut eingebettet und begleitet sein müssen.

Die FDP-Fraktion findet die Idee gut und unterstützt die Erheblicherklärung des Postulats mit Überzeugung. Es wäre schön, wenn in Köniz "open sunday – midnight-sports" Fuss fassen könnte. Trotzdem ein Wort zur Rolle der Gemeinde und den Finanzen: Es handelt sich um ein Projekt, das nicht einfach von oben verordnet werden soll. Die Gemeinde kann und muss helfen Infrastrukturen zu öffnen und mit der Jugendarbeit zur Seite stehen. Sie soll aber nicht einfach ein fixfertiges Projekt selber durchziehen. Eltern und Jugendliche können und müssen hier einbezogen und in die Verantwortung genommen werden. Das Gleiche gilt für die Finanzierung. Der Umstand, dass in Bern für ein solches, bestehende Infrastrukturen benötigendes Projekt, 50'000 Franken ausgegeben werden, erstaunt mich auf den ersten Blick. Gleichzeitig ist mir bewusst, dass nichts gratis ist, vor allem nichts das nachhaltig sein soll. Ob aber gerade dort wo es um Freiräume für Jugendliche geht, wiederum professionelle pädagogische Betreuung notwendig sein soll, wage ich zu bezweifeln. Selbstverantwortung und Freiwilligenarbeit sollen in diesem Bereich einen grossen Stellenwert haben. Ob die Gemeinde alles Gewünschte bezahlen kann und soll, ist fraglich. Ich habe den Förderverein erwähnt und mit weiteren Organisationen könnte in Kontakt getreten werden. Zentral ist aber, dass die Gemeinde ihre Infrastruktur zur Verfügung stellt – auch das kostet – und mithilft, ein solches Projekt auf die Beine zu stellen. Die Studie der Hochschule Luzern zeigt auf, dass aktives Mitgestalten und die Teilnahme an den Anlässen von "open sunday – midnight-sports" die Übernahme von Selbstverantwortung bei den Jugendlichen fördert und so ein patent Mittel gegen asoziales Verhalten ist. Das alles ist – wenn man die Sache richtig angeht – nicht zum Null- aber doch zum Discounttarif zu haben. Hier hätte man ausnahmsweise einmal "das Weggli und den Fünfer" gleichzeitig.

Fraktionssprecherin Barbara Thür (GLP): Die EVP/CVP/GLP-Fraktion findet die offenen Türen der Turnhallen an den Wochenenden ein sehr gutes Vorhaben. Auch wir denken, dass die Arbeit vor allem von Freiwilligen geleistet werden sollte. Wie Mark Stucki bereits angetönt hat, ist das Jugendparlament von Köniz sehr motiviert und bereit, einen Beitrag zu leisten. Sie haben bereits eine Arbeitsgruppe "midnight-sports" gebildet. Was bei den bereits bestehenden Projekten auffällt, ist der Umstand, dass sich die Mädchen zum Teil sehr schlecht an den Projekten beteiligen. Wenn das Projekt in Köniz evaluiert wird, wäre es aus unserer Sicht ein wichtiges Anliegen, das Problem des Ungleichgewichts von Mädchen und Knaben vertiefter zu betrachten, damit auch die Mädchen von diesem Projekt profitieren können.

Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Ich danke für die gute Aufnahme des Antrags des Gemeinderats. Ich betone jedoch, dass im Bereich "midnight-sports – open sunday" möglichst viel auf freiwilliger Basis gemacht wird. Die Organisation für die Zurverfügungstellung von freien Turnhallen an den Wochenenden generiert bereits Kosten. Wir sehen vor, die Infrastruktur der Gemeinde und das Knowhow der Verwaltung zur Verfügung zu stellen. Alles andere aber soll auf freiwilliger Basis passieren. Solche Projekte müssen stets von unten nach oben wachsen und wirklich gewollt werden. Das Jugendparlament, die Jugendarbeit, aber auch die Vereine der Gemeinde Köniz müssen dahinter stehen. Es kann nicht sein, dass die Gemeinde ein solches Projekt ausgelöst und dann quasi in Konkurrenz zu den Vereinen, weiter daran arbeitet. Ein Phänomen der heutigen Zeit ist, dass sich immer weniger Eltern an Freiwilligenarbeit für ihre Kinder beteiligen. Die Gemeinde Köniz wird sicher versuchen, das vorgesehene Projekt aufzugleisen. Zu Anna Mäder: Die Gemeinde Köniz hat mit der Zurverfügungstellung von Turnhallen an Wochendenden auch bei den "Wurzelkindern" Geburtshilfe geleistet. Wenn hier durch die Zurverfügungstellung von Turnhallen an Wochenenden auch nur einige Jugendliche von der Strasse weggebracht werden können, lohnen sich die Investitionen.

Beschluss

Das Postulat wird erheblich erklärt.
(abgegebene Stimmen: Einstimmig)

8. 1004 Postulat (SP/JUSO) "Zukunft des Schiesswesens in der Gemeinde Köniz"

Beantwortung; Direktion Sicherheit und Liegenschaften

Martin Graber (SP): Ich danke dem Gemeinderat für die Beantwortung meines Postulats. Die Schiessplätze haben das Parlament in letzter Zeit mehrfach beschäftigt und nicht immer waren wir Parlamentsmitglieder zufrieden mit den Vorlagen. Um was geht es heute und um was geht es nicht?

Um was geht es: Wir fordern einen Bericht, nicht mehr und nicht weniger. Der Bericht soll aus drei Teilen bestehen. Mit welchen Investitionskosten und mit welchen jährlichen Betriebskosten ist erstens bei der Instandstellung der Schiessanlage Platten in Schliern zu rechnen? Ich erinnere daran, dass die Sanierung bis Ende 2012 stattfinden und ein künstlicher Kugelfang eingerichtet sein muss. Welche Kosten würden zweitens bei einer Stilllegung der Anlage entstehen? Dazu ist in der Antwort nichts enthalten. Das ist aber auch nicht notwendig. Drittens – das hat offenbar Staub aufgewirbelt – ist abzuklären, ob und zu welchem Preis die Schiessanlage der Standgemeinschaft Platten nach Bern-Riedbach transferiert werden könnte. Auf diesen dritten Punkt ist der Gemeinderat bereits eingegangen. Wir benötigen aber noch die Antworten zu den beiden ersten Punkten.

Um was geht es nicht? Mit der Erheblicherklärung sagen wir noch nichts über die Zukunft der Schiessanlage Platten. Wir jagen die Schützen damit nicht aus der Schiessanlage Platten. Ich bitte Sie, das Postulat erheblich zu erklären, weil wir damit einen Bericht mit gesicherten Fakten und Zahlen über die Schiessanlage Platten erhalten. Für weitere Entscheide müssen uns Fakten vorliegen. Ich bitte Sie, das Postulat erheblich zu erklären.

Fraktionssprecher Bernhard Bichsel (FDP): Auf den ersten Blick wirkt das vorliegende Postulat vernünftig. Wer wehrt sich schon gegen eine Prüfung von Varianten? Wer aber die Diskussionen um die Schiessanlage Platten in den letzten Jahren verfolgt hat, weiss, dass das Postulat ausschliesslich dem Zweck dient, die SP parteipolitisch zu profilieren.

Das Dossier ist aber in den letzten Jahren durch SP-Gemeinderäte verschlafen worden, allen voran durch Gemeinderätin Simonetta Sommaruga. Sie hat den Vertrag mit der Standgemeinschaft Platten aufgelöst und trägt die Verantwortung für die bestehende unklare Situation. Ende 2001 hat der damalige Gemeinderat den Vertrag mit der Standgemeinschaft aufgelöst und damals ist beschlossen worden, innerhalb eines Jahres einen neuen Vertrag auszuarbeiten. Diesen Auftrag hatte Gemeinderätin Simonetta Sommaruga. Aus uns unbekannten Gründen ist jedoch nie ein neuer Vertrag abgeschlossen worden. Vertragslos ist mehr oder weniger gemäss dem alten Vertrag weitergearbeitet worden. 2005 ging das Dossier von Gemeinderätin Simonetta Sommaruga an Gemeindepräsident Luc Mentha über. Anfangs 2009 gelangte das Geschäft für die Sanierung der stillgelegten Schiessanlagen vor das Parlament. Verunsichert wandten sich die Schützenvereine in einem Brief ans Parlament. Wie uns allen bekannt ist, hängen die beiden Geschäfte nicht zusammen, aber dank dem Brief sind wir auf das Problem der Schiessanlage Platten aufmerksam geworden. Die FDP-Fraktion hat damals die Sanierung der stillgelegten Schiessanlagen unterstützt. Wir haben allerdings die Situation in der Platten als Hindernis für das Geschäft betrachtet und wir waren der Meinung, dass die Verhandlungen mit der Standgemeinschaft Platten ein unschönes Ausmass angenommen haben. Aus diesem Grund ist die Interpellation 0927 "Schiessanlage Platten: Gemeinde seit über 7 Jahren mit der Standgemeinschaft in vertragslosem Zustand" eingereicht worden, die im Oktober 2009 durch den Gemeinderat beantwortet worden ist. Wir erklärten uns damals von der Antwort als nicht befriedigt. Die Diskussion ist jedoch in unserem Sinn verlaufen. Alle Beteiligten haben Gesprächsbereitschaft signalisiert und waren bereit, über verschiedene Möglichkeiten zu diskutieren. Sogar die Auslagerung der Schiessstätigkeiten ist im letzten Oktober angesprochen worden. Eine entsprechend konkrete Anfrage an die Stadt Bern erfolgte ebenfalls im letzten Jahr. Klammerbemerkung: Das vorliegende Postulat ist im März 2010 eingereicht worden. Nach der damaligen Sitzung war für uns klar, wie es weiter zu gehen hat. Vereinbart war, dass weitere Möglichkeiten ausgelotet werden, die im Bereich Kosten Klarheit schaffen und dass neue Gespräche mit den Schützenvereinen geführt werden. Zudem – weil die Situation verfahren ist – haben wir vorgeschlagen, einen Mediator beizuziehen. Dem ist zugestimmt worden. So weit so gut. Auf Anfang 2010 ist nun das Dossier von Gemeindepräsident Luc Mentha an Gemeinderat Urs Wilk übergeben worden. Fast zeitgleich wurde der Vorstoss der SP eingereicht, dies nachdem fast 10 Jahre nichts ging. Reiner Zufall? Das alles ist im vollen Wissen geschehen, dass die SP-Gemeinderäte das Dossier nicht vorangetrieben haben und das Postulat etwas fordert, das bereits im letzten Oktober eingeleitet und dementsprechend protokolliert worden ist. Ich fordere hiermit die SP-Fraktion auf, ihren rein parteipolitischen Vorstoss zurückzuziehen. Wird diese Forderung nicht erfüllt, sehen wir uns gezwungen, das Postulat abzulehnen.

Fraktionssprecher Urs Maibach (Grüne): Das Thema, wie mit den Schiessanlagen umgegangen werden soll, besteht bereits seit langem. Der Vorstoss will, dass Zahlen und Fakten auf den Tisch gelegt werden, damit wir einen Entscheid in dieser Angelegenheit treffen können. In der Antwort des Gemeinderats ist festgehalten, dass die Schusszahlen in der Schiessanlage Platten drastisch zurückgegangen sind. Diese Feststellung überraschte mich und sie trifft auch für die Anlage in Riedbach zu. Angesichts solcher Zahlen stellt sich die Frage, was mit diesen relativ teuren Anlagen geschehen soll. Soll man sie erhalten oder soll die Frage einer allfälligen Zusammenlegung in den Raum gestellt werden? Das Postulat verlangt einen umfassenden Bericht über die Kosten der Instandstellung, der Erschliessung und die Prüfung eines allfälligen Anschlusses an die Schiessanlage Riedbach.

Auch wir Grünen erwarten diese Informationen und wüssten gerne woran wir sind. Die Fraktion der Grünen wird das Postulat einstimmig erheblich erklären. Für die Beantwortung des Postulats muss die Frage gestellt werden, wie man den Schützenvereinen auch in Bezug auf deren Vereinsleben, entgegenkommen kann. Hier kommt es darauf an, wie weit die Schützenvereine bereit sind, sich selber einzubringen und in welchem Rahmen sie bereit sind, sich finanziell zu engagieren. Der Anteil Sportschiessen beträgt rund 70 Prozent des gesamten Schiessbetriebs. Sollte es zu einer allfälligen Verlegung des Schiessbetriebs kommen, stellen wir Grünen die Forderung, den Anfahrtsweg und die öV-Erschliessung mitzuberücksichtigen. Die Erwähnung dieser Themen erwarten wir in der Beantwortung. Ich habe noch ein kleines Anliegen: Aufgrund der ganzen Geschichte ist bereits viel und intensiv im Hintergrund gearbeitet worden. Ich bitte den Gemeinderat, zuerst den Bericht zu erstellen und zur Kenntnis zu bringen, und erst danach über das weitere Vorgehen zu entscheiden.

Fraktionssprecher Niklaus Hofer (SVP): Als Mitunterzeichner des Postulats habe ich eine aussagekräftigere Antwort des Gemeinderats erwartet. Der Gemeinderat zieht uns in der Antwort den Speck durch den Mund und präsentiert uns die Zahlen der Schiessanlage Riedbach. Zahlen und Fakten mit einer Gegenüberstellung der Schiessanlagen Platten und Riedbach sind im Bericht jedoch keine vorhanden und das ist in meinen Augen schade. Weshalb der vertragslose Zustand mit der Standgemeinschaft Platten besteht, hätten wir gerne einmal geklärt. Seit der in der Antwort des Gemeinderates erwähnten Zusammenkunft mit dem zuständigen Gemeinderat der Stadt Bern, Reto Nause, sind inzwischen 10 Monate vergangen und vorhanden ist noch nichts. Wenn ich etwas erwerben will und 10 Monate auf eine Offerte warten muss, gehe ich davon aus, dass der Verkäufer kein Interesse an mir hat. Zeit für Abklärungen wäre genug vorhanden gewesen. Aus diesen Gründen lehnt die SVP-Fraktion das Postulat ab. Für uns kommt eine allfällige Annahme des Postulats einer Schliessung der Schiessanlage Platten auf Raten gleich.

Fraktionssprecher Thomas Frey (BDP): Der BDP-Fraktion geht es ähnlich wie der SVP-Fraktion. Wir haben nicht die Absicht, die Schiessanlage Platten zu schliessen. Wir erachten es auch als falsches Zeichen im falschen Moment, wenn die elftgrößte Einwohnergemeinde der Schweiz keine eigene Schiessanlage mehr zur Verfügung stellen würde. Die BDP-Fraktion lehnt die Erheblicherklärung des Postulats ab.

Martin Graber (SP): Bernhard Bichsel hat gesagt, dass ihm der Vorstoss auf den ersten Blick vernünftig erschien. Für mich ist er nach wie vor vernünftig. Ich beging keinen Angriff auf den Gemeinderat, weder auf den ehemaligen noch auf den aktuellen. Unklares ist vorhanden. Mir geht es nicht darum, die Schiessanlage Platten zu schliessen. Mir geht es darum zu wissen, wo wie viel Geld eingesetzt wird. Ich will mir überall über die Kosten im Klaren sein, beim Schiesswesen wie auch bei "open sunday – midnight-sports". Wird das Postulat erheblich erklärt, erhalten wir die entsprechenden Zahlen. Ängste bestehen, dass die Schliessung der Schiessanlage Platten die günstigste Lösung sein könnte. Vielleicht ist dem aber nicht so und wir müssen feststellen, dass ein Wechsel nach Riedbach viel zu teuer zu stehen kommt. Zurzeit wissen wir nichts und so lange dies der Fall ist, geschieht nichts. Ohne gesicherte Fakten darüber, was die Stilllegung, was ein allfälliger Transfer, was die Renovation der Gebäude oder die Sanierung der Schiessanlage kosten, können wir nicht weiter arbeiten. Ich bitte Sie, dem Postulat zuzustimmen. Ein Rückzug kommt für mich nicht infrage.

Urs Maibach (Grüne): Die Situation ist eigenartig. Das Postulat verlangt vom Gemeinderat die Vorlage von Zahlen und Fakten in Bezug auf die Schiessanlage wie von Martin Graber eben beschrieben. Wird das Postulat angenommen, erhalten wir diese Zahlen mit einem Bericht.

Ulrich Witschi (BDP): Einige Male pro Jahr befinde ich mich in der Schiessanlage Platten. Die Aussage, dass der Gemeinderat keine Zahlen liefert, wenn wir das Postulat ablehnen, scheint mir nicht ganz richtig zu sein. Es geht nun darum, dass der Gemeinderat seine Arbeit in Bezug auf die Sanierung der stillgelegten Schiessanlagen erledigt und uns das Geschäft sauber vorbereitet unterbreitet. Es wäre ein schlechtes Signal, wenn die Schützen aus der Schiessanlage Platten katapultiert werden. Es geht in erster Linie darum, eine Lösung für unsere Schützen zu finden und nicht um eine Lösung Riedbach.

Fraktionssprecher Rolf Zwahlen (EVP): Die CVP/EVP/GLP-Fraktion hat Verständnis für beide Seiten. Wir werden das Postulat erheblich erklären. Wir sind der Meinung, dass uns, sollte daraus ein Geschäft für das Parlament werden, nicht dieselben ausführlichen Zahlen und Fakten vorliegen werden, wie sie zu diesem Vorstoss geliefert werden müssen. Es darf zurzeit keine Rede davon sein, aufgrund des Vorstosses die Schiessanlage Platten zu schliessen. Die Zahlen und Fakten müssen wertneutral sein, damit eine gesunde Basis für eine weise Entscheidung vorliegt, in welche auch die sozialpolitischen Aspekte – das Vereinswesen – miteinbezogen werden.

Martin Graber (SP): Beim Vorstoss handelt es sich nicht um ein Misstrauensvotum, wie von Niklaus Hofer erklärt. Ich erkläre mich von der Antwort des Gemeinderats befriedigt. Ich erwarte vom Gemeinderat zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Zahlen, diese sollen anlässlich der Beantwortung geliefert werden.

Ich will – wie im Postulat aufgeführt – die Kosten über die Instandstellung der Schiessanlage Platten, die jährlichen Betriebskosten und als Variante die Kosten einer allfälligen Stilllegung und Verlegung in die Schiessanlage Riedbach dargelegt haben. Ich will, die Kosten und Fakten für verschiedene Varianten vorliegend haben, damit wir entsprechend entscheiden können.

Da das Mikrofon von Gemeinderätin Rita Haudenschild nicht funktionierte, wird das Votum aufgrund von schriftlichen Notizen oder sinngemäss wiedergegeben.

Gemeinderätin Rita Haudenschild (Grüne): Im IVP 2012 ist der nötige Betrag für die Sanierung vorgesehen.

Niklaus Hofer (SVP): Ich verlange einen Sitzungsunterbruch für 3 Minuten, da sich die bürgerlichen Parteien kurz besprechen wollen.

Dem Antrag auf Sitzungsunterbruch wird mehrheitlich zugestimmt, die Sitzung wird für 3 Minuten unterbrochen.

Da das Mikrofon von Gemeinderat Urs Wilk nicht funktionierte, wird das Votum aufgrund von schriftlichen Notizen oder sinngemäss wiedergegeben.

Gemeinderat Urs Wilk (FDP): An sich ist das Postulat überflüssig, weil das Geschäft in Bezug auf die Sanierung der stillgelegten Schiessanlagen, die bis Ende 2011 saniert sein müssen, vor Ablauf der Erfüllungsfrist erneut vor das Parlament gelangen wird. Auch der Kugelfang der Schiessanlage Platten muss bis Ende 2012 saniert sein. Der entsprechende Kredit wird demnach vor der Beantwortung des vorliegenden Vorstosses im Parlament beraten. Aufgrund der Kreditvorlage werden Sie im Besitz der gewünschten Zahlen und Fakten sein.

Rolf Zwahlen (EVP): Wenn der Gemeinderat einen Vorstoss vor dem Ende der Erfüllungsfrist beantwortet, nehmen wir ihm das sicher nicht übel. Ich bin der Überzeugung, dass die Beantwortung des Postulats vor der Vorlage des Geschäfts zur Sanierung der stillgelegten Schiessanlagen oder gleichzeitig, die bessere Lösung ist, weil uns damit ausführlichere Informationen zur Verfügung stehen. Mit Geschäften aus diesem Bereich haben wir nicht die besten Erfahrungen gemacht.

Beschluss

Das Postulat wird erheblich erklärt.

(abgegebene Stimmen: 20 dafür, 19 dagegen)

9. 1010 Interpellation (SP) "Statt in Strassen in Schulhäuser und den Park investieren!"

Beantwortung; Direktion Präsidiales und Finanzen

Christian Roth (SP): Ich danke dem Gemeinderat für die Beantwortung meiner dringlichen Interpellation. Ich verlange Diskussion.

Da mehr als 10 Parlamentsmitglieder zustimmen, wird die beantragte Diskussion gewährt.

Christian Roth (SP): Ich möchte nicht vergessen, meinen Dank an die Verwaltung zu richten, die mir kompetent und zuverlässig Auskunft zu Zusatzfragen gegeben hat, die ich zu diesem Geschäft hatte. Ich freue mich zu hören, dass der Gemeinderat rasch handeln will. Die eingesetzte Arbeitsgruppe, die frühzeitig versucht, mittels Kompensation zusätzlich dringend benötigte Investitionsprojekte zu realisieren, macht Sinn und scheint sich zu bewähren. Trotzdem erkläre ich mich nur teilweise befriedigt von der Antwort des Gemeinderats. Ich weiss nur nicht, ob ich von der Antwort nicht befriedigt bin oder über die Situation. Vorausschicken möchte ich folgende grundsätzliche Überlegung: Wir müssen achtgeben, dass wir in dieser Frage nicht Wichtiges und ebenfalls Notwendiges gegeneinander ausspielen. Das Sozialhaus an der Sägestrasse, das in der Antwort oft erwähnt wird, ist wichtig. Das hat das Parlament an der letzten Parlamentssitzung bekräftigt. Das Soziale darf jedoch nicht gegen die Bildung ausgespielt werden.

¹ An dieser Stelle wurde bei der Protokollgenehmigung eine Ergänzung verlangt.

Beides sind wichtige Investitionen in den sozialen Zusammenhalt und in die Zukunft der Könizer Bevölkerung. Auch wenn die Finanzen knapp werden, sind wir gefordert einen Balanceakt der verschiedenen Ansprüche auf uns zu nehmen und dabei nicht das Gleichgewicht zu verlieren. Ich bin erstaunt gewesen, dass der Gemeinderat erst über drei Kredite zu Lasten der Landorfstrasse beschlossen hat. Er hat den Kredit für das Infozentrum Reservat Eichholz beschlossen und zwei Projekte für Belagsarbeiten finanziell freigegeben. Von einer Umlenkung in die Bedürfnisse der Schulen lese ich zwar in der Interpellationsantwort, doch konkrete Beschlüsse sind noch keine gefällt worden. Ich möchte hier Taten sehen statt nur Buchstaben zu lesen. Zumindest sind Diskussionen im Gang, in Schulen und in Spielplatzinfrastrukturen zu investieren. So steht offenbar ein Entscheid für die Erneuerung und die Sanierung der Spielplätze im Buchsee und der Villa Bernau an. Da geht in den Augen der SP-Fraktion die Diskussion in die richtige Richtung; denn hier besteht Handlungsbedarf. Mir ist bekannt, dass insbesondere beim Spielplatz Buchsee Elternvereinigungen diesen Handlungsbedarf mehrfach eingefordert haben. Auch die beschlossene Sanierung der Garderoben- und Duschanlagen im Oberstufenzentrum Köniz ist ein richtiger Entscheid, der den Zustand der Schulanlage verbessert. Es bleibt noch viel zu tun. Der SP-Fraktion ist bekannt, dass der Kindergarten auf der Blinzern schon lange auf eine Sanierung wartet. Auch die Geräte in den Turnhallen – wie es der Gemeinderat in seiner Antwort antönt – sind nicht immer in akzeptablem Zustand. Wo nötig, muss etwas passieren. Weiteren Handlungsbedarf sieht die SP-Fraktion beim Schulhaus Wandermatte in Wabern und beim Schulhaus Buchsee in Köniz. Hier warte ich mit Spannung auf die Antwort zur diesbezüglichen Interpellation. Die SP-Fraktion fordert den Gemeinderat auf, die formulierten Bedürfnisse der Lehrer- und Elternschaft aufzunehmen und in Schulhäuser statt in Strassen zu investieren. Offenbar will das Parlament nicht in Strassen investieren, nun gilt es diese Chance für die Bildung zu nützen.

Gemeindepräsident Luc Mentha (SP): Ich habe grosses Verständnis für die Intervention von Christian Roth. Unser Investitionsvolumen in den steuerfinanzierten Haushalt beträgt 12 Millionen Franken pro Jahr und dementsprechend in die Liegenschaften, die steuerfinanziert betrieben und unterhalten werden müssen. Von diesen 12 Millionen Franken werden im Jahr 2010 6,123 Millionen Franken in den Unterhalt und Betrieb der Schulanlagen investiert. Der Gemeinderat hat vor dem Hintergrund des nicht genehmigten Kredits für die Sanierung der Landorfstrasse in einer Gesamtübersicht geschaut, welche Projekte prioritär sind. Im Bewusstsein, dass mehr als die Hälfte dieser 12 Millionen Franken bereits in Schulanlagen fliessen, hat der Gemeinderat beschlossen, die Prioritäten nicht so einseitig wie von Christian Roth gewünscht, zu setzen. Wir haben die Prioritäten aller Projekte analysiert, eine Reihe von Entscheiden gefällt und andere werden noch folgen.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort des Gemeinderats als teilweise befriedigt.

10. Verschiedenes

Folgende Vorstösse sind neu eingereicht worden:

- 1015 Motion (FDP, BDP, SVP) "Systemwechsel Pensionskasse"
- 1016 Interpellation (BDP) "E-Government: Wo steht Köniz mit der Entwicklung des elektronischen Austausches mit Behörden?"
- 1017 Motion (EVP/CVP/GLP) "Primatwechsel in der Pensionskasse der Gemeinde Köniz"
- 1018 Interpellation (Wyss, Grüne) "Köniz Innerorts"

Heinz Engi (FDP): Heute war der Zeitung "Berner Zeitung" zu entnehmen, dass die Gemeinde Köniz beabsichtige, zusammen mit der Gemeinde Wahlern das Land, auf dem die Eisbahn Schwarzwasser steht, zu je 50 Prozent käuflich erwerben. Wie ist die Finanzierung sichergestellt? Mir ist nicht bekannt, dass dieser Landkauf im Parlament beraten worden ist. Weder im Budget noch in der Finanzplanung habe ich je einen Hinweis dazu gefunden. Hingegen ist das Postulat 0922 "Erhöhung der Auslastkapazität bei den gemeindeeigenen Sportrasenplätzen durch entsprechende Massnahmen" noch hängig. Ein Kauf des Kunsteisbahnareals ausserhalb der Gemeinde Köniz kann sinnvoll sein und im Grundsatz auch unterstützt werden. Er steht jedoch in Konkurrenz mit dem hängigen Postulat. Ich bitte Gemeinderat Ueli Studer um Antwort.

Ebenfalls den Medien ist zu entnehmen, dass das Projekt Sporthallen Weissenstein leicht ins Stocken gerät, weil die Sportfondsbeiträge durch den Grossen Rat zurzeit auf Eis gelegt worden sind. Für die Sporthallen Weissenstein sind dies 4,5 Millionen Franken. Ich möchte von Gemeinderat Ueli Studer gerne wissen, ob das Projekt trotzdem auf Kurs bleibt. Es ist der Wunsch der Berner und Könizer Bevölkerung, dass die Sporthallen realisiert werden. Was gedenkt man zu tun, wenn die Beiträge aus dem Sportfonds nicht gesprochen werden und wann wird das Parlament über den Realisierungsstand der Sporthallen Weissenstein neue Informationen erhalten? Nach der Septembersession des Grossen Rats?

Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Die Medieninformation in der "Berner Zeitung" überraschte auch mich. Der Gemeinderat hat mich im letzten Jahr beauftragt, mit der Gemeinde Wahlern in Bezug auf die Eisbahn – die sich an der Grenze zwischen den Gemeinden Wahlern und Köniz befindet – Verhandlungen aufzunehmen. Die Eisbahn wird heute durch Vereine betrieben und eine dritte Person ist Landbesitzer. Die anfallenden Kosten für den Betrieb der Eisbahn sind hoch und Eis für den Betrieb herzustellen, macht energetisch keinen Sinn mehr. Wir möchten diese Mittel in bessere Möglichkeiten für alle Betroffenen investieren. Zurzeit befinden wir uns in Verhandlungen und das Geschäft läuft. Das nächste Gespräch anlässlich dieser Verhandlungen findet Ende August zusammen mit dem Landbesitzer und der Nachbargemeinde Wahlern statt. Zurzeit sind keine kommunizierbaren Fakten vorhanden und deshalb überraschte mich diese Medienmitteilung. Es sind keine Beschlüsse gefasst worden und eine Kommunikationsabsprache hat nicht stattgefunden. Ich weiss aber auch nicht, in welchem Zusammenhang der Gemeindepräsident von Wahlern sich zu diesem Thema geäussert hat. Ob es sich um eine Medienkonferenz nur über die Eisbahn handelte oder ob noch anderes behandelt worden ist, ist mir nicht bekannt. Ich werde mit dem Gemeindepräsidenten so rasch als möglich das Gespräch aufnehmen und die Kommunikation zu regeln versuchen, damit solches nicht wieder geschieht. Diese Sache ist für alle unangenehm, soll das Verhältnis zur Gemeinde Wahlern jedoch nicht stören. Sobald ich im Besitz näherer Informationen bin, werde ich weiter informieren.

Zur Frage in Bezug auf die Sporthallen Weissenstein: Der Regierungsrat hat dem Grossen Rat eine Vorlage betreffend Sportfondsbeiträge präsentiert. Bei der Vorlage handelt es sich um vier Geschäfte, die Beiträge aus dem Sportfonds beantragen. Drei Geschäfte werden gemäss dem neuen Modus finanziert und die Beiträge für die Sporthallen Weissenstein sollen gemäss dem alten Beitragssatz finanziert werden. Die Finanzkommission – mit einigen Vertretern davon hatte ich Kontakt – hat die Geschäfte geprüft, die viele Fragen aufgeworfen haben, weil die Vorlage offenbar nicht überall aussagekräftig war. Bei den Diskussionen der Finanzkommission war ich nicht dabei und sie untersteht der Schweigepflicht. Dementsprechend hat man sich mir gegenüber verhalten. Die Vorlage ist an den Regierungsrat zurückgewiesen worden mit dem Auftrag, sie in der Novembersession nochmals zu bringen. Generell ist nicht das Projekt umstritten, das wird anerkannt, umstritten ist der Beitrag aus dem Sportfonds. "Es gibt jedoch Unklarheiten bei der Abwicklung des Sportfonds-Gesuches und bei den anzuwendenden Kriterien", steht geschrieben. Wir werden das Gespräch mit dem Regierungsrat suchen und wenn dieser erklärt, das Gesuch in der Septembersession vorzulegen, werden alle Vertreter des Gemeinderats von Köniz im Grossen Rat Lobbyierungsarbeit betreiben müssen. Die Frage ist gestellt worden, was geschieht, wenn die Sportfondsbeiträge nicht wie gewünscht gesprochen werden. Wir sistieren die Realisierung der Sporthallen Weissenstein nicht. Die Planung soll nicht gestoppt werden, so lange uns kein Entscheid vorliegt. Wenn der Grosse Rat im November wider Erwarten die Sportfondsbeiträge nicht nach altem Recht spricht, fehlen uns die entsprechenden Mittel. Die Kürzung der Beiträge in Bezug auf die Tribünenplätze und das Land können wir auffangen. Wenn aber 2,5 bis 3 Millionen Franken weniger fliessen, können wir dies nicht mehr auffangen, dann muss das ganze Projekt gestoppt werden und die beiden Gemeinden müssen das Geschäft ihren Parlamenten erneut vorlegen. Das wäre jedoch der worst case und ich gehe optimistisch in die Verhandlungen.

Hansueli Pestalozzi (Grüne): Auf Ihren Pulten liegt eine Einladung zur Veranstaltung "100% erneuerbare Energieversorgung - Weshalb sich Sonne-, Wind und Wasserkraft nicht mit Atomkraft verträgt". Jan Remund wird am 7. September 2010 als Fachverantwortlicher Sonnenenergie referieren.

Parlamentspräsident Christian Burren: Die Jahrestagung der Schweizerischen Gesellschaft für Parlamentsfragen findet am 10. und 11. September 2010 statt. Anmeldungen nimmt Parlamentssekretärin Verena Remund entgegen. Die Agglomerationstagung 2010 findet am 12. November von 9.00 bis 17.00 Uhr im Mattenhofsaal in Gümligen statt.

Neben der Regionalkonferenz Bern-Mittelland soll auch der Verein "Bern Neu gründen" ein Thema sein. Interessierte können sich via Parlamentssekretariat anmelden. Ein Unkostenbeitrag von Fr. 50.00 wird erhoben.

Im Namen des Parlaments

Christian Burren
Parlamentspräsident

Verena Remund
Leiterin Fachstelle Parlament